

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der Lübecker Volksbote erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 186.

Montag, den 11. August 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Juristischer Aberwitz.

Die Vergehen und Verbrechen, welche unaufhörlich trotz aller abschreckenden Gesetze und Strafen verübt werden, stehen in einem bestimmten Verhältnis zu den ökonomischen Zuständen in der bürgerlichen Gesellschaft. Sie nehmen zu, wenn die Not zunimmt, und sie nehmen ab, wenn sie abnimmt. Diese Tatsache, die keinem wirklich forschenden Auge verborgen bleiben kann, hat schon Schiller seinerzeit in die Worte gefaßt:

„Etwas muß er sein eigen nennen,
Über der Mensch wird morben und brennen.“

Aber gerade bei dem zünftigen Juristentum, welchem die Bestrafung der Vergehen und Verbrechen nach den Gesetzen übertragen ist, scheint in den neu aufgeworfenen Fragen am wenigsten Klarheit vorhanden zu sein. Der früher ganz unantastbare Glaube an die Abschreckungstheorie ist zwar erschüttert. Die fürchterlichen Strafen, welche das Mittelalter und auch noch das siebzehnte und achtzehnte Jahrhundert gegen Verbrecher verhängten, konnten die Zahl der Verbrechen nicht mindern; im Gegenteil stieg diese in kritischen Zeiten ins Unglaubliche. Aber man weiß heute noch nicht, womit man die Abschreckungstheorie ersetzen will. Wohl beginnt die bedingte Verurteilung Raum zu gewinnen, und in verschiedenen Ländern ist die Todesstrafe abgeschafft. Aber dies wird schon vielfach bedauert, und wo die Todesstrafe noch besteht, da wird sie so eifrig angewendet, wie es in den letzten fünf Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts kaum der Fall war; in den sechziger Jahren war die Todesstrafe eine Seltenheit. Aber zünftige Juristen und die Frommen und die Reaktionsäre überhaupt verlangen dringend die häufigere Anwendung der Todesstrafe. Es ist, als fühlten sie den künftigen Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft schon in allen Gliedern und glaubten ihm vorzubeugen, wenn recht viele Köpfe abgeschlagen würden.

Ob man es zugeibt oder nicht — von der Unhaltbarkeit und Vernunftwidrigkeit des gegenwärtigen Zustandes ist man überzeugt. Aber so eifrig man über Vorschläge zur Abhilfe brütet, so können doch unsere herrschenden Klassen aus dem Bann bürgerlicher, fast möchte man sagen spießbürgerlicher Anschauungen nicht heraus und bleiben an den überkommenen Vorurteilen kleben. Darum verfaßt man auch auf die absonderlichsten Vorschläge. Die soziale Kurpfuscherie glaubt nunmehr die Ausbreitung der Vergehen und Verbrechen durch die Restriktion beschränken zu können. Indem man Menschen, die man für erblich belastet hält, durch einen ärztlichen Eingriff künstlich zur Fortpflanzung unfähig macht, will man erreichen, daß die gesamte Menschheit allmählich wieder „normal“ wird. In Nordamerika und in der Schweiz sind entsprechende Versuche bei beiden Geschlechtern gemacht worden. Die beteiligten Ärzte wissen das neue soziale Heilmittel nicht genug zu preisen, und dieser großartige Eifer ist uns gerade so verdächtig, wie der unbändige Drang gewisser Ärzte nach Operationen. Der Mensch als Versuchskarnickel — das ist uns immer eine bedenkliche Erscheinung. Ohnedies haben wir uns über Mangel an Justizirrtümern durchaus nicht zu beklagen, und dieses „vorbeugende“ Mittel scheint uns ganz besonders geeignet, Menschen aus Irrtum unglücklich zu machen.

Indessen scheint man doch auch zu milderen Anschauungen manchmal wieder zurückzukehren, namentlich angesichts der neuesten Verbrechen, die wie mit Blitzstrahlen die Tiefen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft beleuchtet haben. Besonders die Ermordung eines preussischen Majors und eines Polizeibeamten zu München hat in juristischen Kreisen zum Nachdenken angeregt. Der Zögling eines Arbeitshauses, der zum „Landstreicher“ geworden, hat den Doppelmord verübt in dem dunklen Drang, sich an der Gesellschaft zu rächen, die ihn zu solchem Dasein verurteilt hatte, und er nahm den ersten besten Bevorrateten aufs Korn. Er wurde, so hörte man aus juristischem Munde, „unbewußter Anarchist“. Nun, wir lieben die Anarchisten nicht, und wir brauchen das nicht erst zu beweisen. Aber solche Versuche, eine Schuld der Gesellschaft zum größten Teil auf eine Parteidrängung abzuladen, die doch erst ein Produkt der gesellschaftlichen Zustände ist, hatten wir immer für kläglich.

Ein bayerischer Jurist sagt, gleich diesem Doppelmörder würden jährlich Tausende von gemeingefährlichen Menschen aus den Strafanstalten auf die Gesellschaft losgelassen, obwohl genau bekannt sei, daß sie in nächster Zeit Stadt und Landstrafe durch neue Verbrechen unsicher machen würden. Und darum wird verlangt, daß alle geistig Minderwertigen und Rückfälligen in Verwahrungshäusern untergebracht werden sollen. Eine dahingehende Be-

stimmung findet sich im Entwurf des neuen Reichsstrafgesetzbuches; der Jurist verlangt nun, daß diese Bestimmung vorher in Kraft trete.

Hier sieht man, wie sich die zünftige juristische Weisheit immer nur im Kreis herumdreht. Zu den Arbeitshäusern noch „Verwahrungshäuser“. Als ob damit dem Uebel gesteuert werden könnte! Auch alle körperlich und geistig gebrechlichen Landstreicher und Bettler sollen nach einem Vorschlag von derselben Seite in „Verwahrungshäusern“ untergebracht werden. Da könnte sich ja Uhlands bittere Prophezeiung erfüllen, daß, wenn die Entwicklung zum Pauperismus so weitergeht, vom Rhein zum Belt ein Armenhaus sein wird. Das Uebelmaß der Kalamitäten, die aus der bürgerlich-kapitalistischen Weltordnung hervorzuelen, richtet in den Geistern der herrschenden Klassen Verwirrung an; sie finden keinen Ausweg — weil es ihn nicht gibt, solange eben diese Weltordnung besteht.

Wohl heißt es, man müsse mehr Sorgfalt auf die Jugendpflege verwenden, man müsse Heimstätten an Stelle der Wirtshäuser, namentlich der Spielunten, setzen, man müsse verhüten, daß der Mensch zum Ausgestoßenen werde, und wie alle die Redensarten heißen, womit einzelne Wohlwollende aus den oberen Zehntausend ihre „sozialen Empfindungen“ bekunden wollen. Dabei lassen sie nicht undeutlich ihre Angst vor der kommenden industriellen Krisis durchblicken, von der sie befürchten, daß sie die Zahl der „Landstreicher“ ungeheuer vermehren wird. Aber will man dagegen auch nur mit „Verwahrungshäusern“ und Armenhäusern vorgehen?

Allerdings wäre es das erste Gebot der Menschlichkeit, zu verhüten, daß der Mensch überhaupt ein Ausgestoßener wird. Aber die heutige juristisch-polizeiliche Weisheit spricht nur von „Heimstätten“, wo die Ausgestoßenen „mit offenen Armen“ aufgenommen werden sollen. Man weiß, welche Bewandnis es mit den „offenen Armen“ in solchen „Heimstätten“ hat, die von der bürgerlichen Gesellschaft errichtet werden. Man bedenke doch, daß der Bourgeois in der Stadt und der Großbauer auf dem Lande durchweg in jedem „Ausgestoßenen“, ja schon in jedem Bettler einen Verbrecher erblickt, den sie am liebsten mit der Peitsche vertreiben oder mit Hundenden von dannen hegen möchten. Wer mag von solchen Leuten „Heimstätten“ verlangen, wo die armen Opfer statt mit Prügelein „mit offenen Armen“ empfangen werden!

Das graufame Gesetz von Angebot und Nachfrage, das auf dem Arbeitsmarkte herrscht, ist es, welches den „Uebelzählig“ zum „Ausgestoßenen“ macht. Wenn er dann dem Verbrechen oder der „Landstreicherei“ verfällt, bleibt er in den Maschen schikanoöser Gesetze hängen und kann sich meist nicht mehr aus seiner Misere herausarbeiten. Kapitalismus und Klassenherasch sind es, welche die schrecklichen Erscheinungen hervorbringen, die der bürgerlichen Gesellschaft nun nachgerade über den Kopf wachsen. Aber alle bürgerliche Reformerei, mögen ihre Mittel nun gewalttätig oder „human“ sein, geht wie die Rake um den heißen Brei herum und würde schon vor dem bloßen Gedanken, die Grundübel selbst zu bekämpfen, einen fürchterlichen Schrecken bekommen.

Dafür hat nur das moderne Proletariat Verständnis, und es wird auch nicht zögern, diesen Grundübeln energisch zu Leibe zu gehen, sobald es die dazu erforderliche Macht in Staat und Gesellschaft erobert hat.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Noch ein Wort zu den „Sinkenden Praktiken“ bei der Firma Krupp.

Gegenüber den widerlichen Versuchen der sogenannten patriotischen Presse, die Firma Krupp nach dem Prozeß reinzuwaschen und dafür die Sozialdemokratie um so mehr zu verdächtigen, wollen wir noch die Auslassungen der „Frankfurter Zeitung“, also eines bürgerlichen Blattes, dem die kapitalistische Firma Krupp sicher näher steht, als die Sozialdemokratie, zitieren. Das Blatt schreibt:

„Wenn man die Erörterungen der reaktionären Presse zum Krupp-Prozeß liest, aus denen wir eine kleine Blütenlese in den letzten Nummern mitgeteilt haben, wenn man hört, wie sie Siegeshymnen anstimmt, weil der Prozeß „kein Panama“ ergeben habe, dann greift man sich doch an den Kopf und fragt sich erschüttert: was müssen diese Blätter wohl alles erwarten, was müssen sie im deutschen Heere und in der deutschen Beamtenerschaft für möglich gehalten haben, wenn sie sich jetzt so gebärden! Der Prozeß hat Praktiken aufgedeckt, die nach den Worten des Anklagevertreters auf zehn Meier gegen den Wind nach Bestechung stanken. Zeugentanten und Beamte des Kriegsministeriums, lauter

Leute in verantwortungsvollen Stellungen, denen wichtige Geheimnisse anvertraut waren, haben sich zum Verrat kaufen lassen. Ist es für sie eine Entlastung, daß sie für lächerlich geringen Lohn käuflich waren? Das einzige, was sie etwa zu ihrer Entschuldigung anführen können, ist, daß der Vertreter der Firma Krupp ihr Käufer war, daß in ihrem Hirn diese Firma mit ihrem Nimbus von Gold und Macht und Patriotismus (trotz des berühmten Offertbriefes an Napoleon!) identisch war mit dem Staate. Aber gerade dieses Einzige, was die Schuld dieser Fünfe mindert, zeigt erst recht das Standalöbe des ganzen Falles. Denn es bedeutet die schwerste Anklage gegen die Firma Krupp. Diese Firma ist durch die mehr oder minder vollständige Monopolstellung, die ihr der allzu bequeme und allzu gläubige Staat bei diesen Geschäften eingeräumt hat, zu einem für deutsche Verhältnisse märchenhaften Reichtum gelangt — das hindert sie nicht, gegen diesen Staat durch ihren Berliner Bureauchef in der schmählichsten Weise, mit Bestechung von Offizieren und Beamten, Spionieren zu lassen. Genügt das wirklich noch nicht? Uns genügt's! Und dabei ist es noch nicht einmal alles. Denn auch das muß gegenüber den Vertuschungsmanövern der reaktionären Presse immer wieder klar und deutlich festgestellt werden: es ist nicht wahr, daß nur wirklich alle Schäden aufgedeckt wären. Der tüchtige Herr Brandt hat noch mehr Informationsquellen gehabt, als die sieben Angeklagten des ersten Prozesses, Quellen vielleicht in noch höheren Posten von Heer und Verwaltung; Briefe, die das beweisen, liegen vor, wie ja auch der Verbleib seiner Repräsentationsgelder nur zu einem Teile geklärt ist; nur die Namen zu nennen, hat Herr Brandt sich geweigert, und das Gericht hat sie nicht ermittelt. Es bleibt also für die kommenden Prozesse und vor allem für die parlamentarische Untersuchungskommission noch sehr viel zu klären. Aber schon dieser erste Prozeß hat die Firma Krupp aufs schwerste kompromittiert, er hat zugleich den durch alte Tradition gestützten Glauben an die Unantastbarkeit des preussischen Beamtentums in Heer und Verwaltung übel erschüttert. Statt dessen hat die „Post“ die Stirn, zu schreiben: „Die Panamisten sind nicht im deutschen Heer, nicht bei der Firma Krupp, sondern bei denen um Liebknecht zu suchen, denen sich mit vielem Eifer die ganze sozialdemokratische und freisinnig-demokratische Presse zugesellt hat.“ Und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ entbietet sich nicht, „das gesamte deutsche Volk“ zu einem „von Empörung flammenden Protest“ gegen den Abgeordneten Liebknecht aufzurufen! Nun, Herr Liebknecht ist wirklich nicht unser Mann. Aber wir stehen nicht an, zu erklären, daß er sich in diesem Falle das größte Verdienst erworben hat, nicht nur dadurch, daß er dem Kriegsminister sein Material zuerst vertraulich übergeben und so die Feststellung der Schuldigen ermöglicht hat, sondern auch durch das Weitere, daß er, nach dem Abschluß der Untersuchung, durch seine Reichstagsrede die große Öffentlichkeit mit diesen Dingen bekannt gemacht und dadurch einer Vertuschung vorgebeugt hat. Wer jetzt noch die Aufdeckung des Krupp-Prozesses als Lappalien hinzustellen wagt, der macht sich selbst zum Verteidiger der Korruption, die nur dadurch beseitigt werden kann, daß man all ihren Erscheinungen schonungslos nachforscht und durch öffentliche Bloßstellung aller Beteiligten ein abschreckendes Exempel statuiert.“

In der „Kölnischen Zeitung“ wendet sich ein Leser dieses Blattes gegen die Heukerung des Vertreters der Anklage im Krupp-Prozeß über das „Schmierens“ im Handel. Er schreibt: „Die Ansicht des Anklagevertreters, daß ein „Brauch“ des Schmierens im Handel besteht, ist ein bedauerlicher Irrtum; diese Ansicht öffentlich auszusprechen, ist eine Entgleisung; im Gegenjah hierzu das Beamtentum zu feiern, ist für den Kaufmannsstand eine Beleidigung.“

Die Opfer des Krupp-Prozesses.

Die Verurteilten im Krupp-Prozeß werden fortgesetzt von der „gutgesinnten“ Presse mit einer Flut von Beschimpfungen überschüttet. Das Zeichen dazu gab der Vertreter der Anklage vor dem Kriegsgericht, der von Schreiberseelen sprach, die das Maul nicht halten können, wenn sie hinter dem Biertopf sitzen. Ganz gesittlich spricht man immer nur von Unteroffizieren und untergeordneten Beamten. Demgegenüber muß doch einmal nachdrücklich festgestellt werden, daß vier der Angeklagten aktive Offiziere gewesen sind; allerdings nicht „Ertklässige“, die zu beschimpfen der Anklagevertreter sich gehütet hätte, sondern Zeugoffiziere, die von der Pike auf gedient haben. Wie schon aus der Vertrauensstellung, die diese Offiziere einnehmen, hervorgeht, müssen sie ein hohes Maß von Kenntnissen haben, weit mehr als der Frontoffizier, der vielleicht eben auf einer „Presse“ mühevoll zurechtgefunden wurde. Trotzdem werden sie von diesen Offizieren nicht für voll angesehen, so muß der im Dienst

ergrauten Zeughauptmann den jüngsten Frontoffizier zuerst grüßen, sie haben zu keinem Offizierskassino Zutritt und um die Grenze noch schärfer zu ziehen, hat man für sie auch die Burschen bejeitigt und ihnen dafür eine Geldentschädigung gegeben. Ueber ihre wirtschaftliche Lage sagt der militärische Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“, Major Morath:

„Von Bedeutung für das Verständnis der Affäre ist weiter, daß man den „Arbeitsoffizieren“ nicht das gleiche Maß wirtschaftlicher Unabhängigkeit zubilligt, wie den Armeedoffizieren. Die Zeugleutnants Tillian und Schleuder bezogen zur Zeit ihres Kornwalzerexzesses, 32 Jahre alt, ein jährliches Gehalt von 2000 Mark. Hinst war 30 Jahre alt, als er so dotiert war. Hierzu kamen noch 800—300 Mark Wohnungsgeldzuschuß, je nach Höhe der Servisklasse. Im Durchschnitt gelangen diese Offiziere zwischen dem 30. und 32. Lebensjahre, bereits verheiratet und mit Kindern gesegnet, in den Genuß des unzulänglichen Gehalts, das sich erst nach je drei Jahren um je 300 Mark erhöht. Die wirtschaftliche Notlage ist um so größer, als der Dienst diese Männer meist in große Städte führt. Der jüngste Armeedoffizier war bisher mit 32 Jahren noch Oberleutnant und bezog 2400 Mark Gehalt. Künftig hat er dann den Dienstgrad des Hauptmanns erreicht und befindet sich (bis zum 36. Lebensjahre, später mehr) im Genuß von 3400 Mark Gehalt und 1300 bis 1630 Mark Wohnungsgeldzuschuß. Wenn die Heeresverwaltung die Lehre aus dem Prozesse zieht, daß Vertrauensposten auch auskömmlich honoriert werden müssen, so wäre das ein Gewinn.“

Es kennzeichnet das ganze System, daß man Leute, die Vertrauensstellungen einnehmen, in dieser Weise entlohnt und dann wundert man sich, wenn sie der Versuchung unterliegen, die gerade an Leute in dieser Stellung nur allzu leicht herantritt.

Krupp-Prozesse vor den Ehrengerichten.

Eine militärische Nachrichtenquelle meldet: „Den in dem Prozesse gegen Tillian und Genossen sogenannten früheren Krupp-Vertretern v. Mehen führt die neueste Rangliste (vom 6. Mai 1913) als Hauptmann der Reserve des 1. Ober-Esslischen Feldartillerie-Regiments Nr. 15, unter der Kontrolle des Landwehrbezirks IV, Berlin, auf. Sollten sich die Behauptungen bewahrheiten, wonach Hauptmann d. R. v. Mehen nicht einwandfrei in der Bewertung der Kornwalzer-Abschriften vorgegangen ist, so dürften sich die militärischen Ehrengerichte bestimmen noch mit seinem Fall beschäftigen. Daß die nächste Rangliste der Königlich Preussischen Armee die drei mit Gefängnis bestrafte Zeugleutnants Tillian, Schleuder und Hinst unter „Außerdem Abgang“, also als unfreiwillig aus dem Heere ausgeschieden, verzeichnet wird, versteht sich aus der Urteilsbegründung von selbst. Ueber das Schicksal als Portepäppler des Zeugleutnants Hoge, gegen den auf 43 Tage Festungshaft erkannt wurde, werden seine Standesgenossen noch besonders zu entscheiden haben.“

Es war vorauszu sehen, daß die patriotischen oder militärischen Henker dem Herrn v. Mehen an den Hals fallen werden, um herauszufinden, ob der Verdacht, dem Genossen Liebnecht die Kruppischen „Kornwalzer“ geliefert zu haben, gerechtfertigt ist. Leider wird bei diesen Prozessen die Öffentlichkeit völlig ausgeschlossen sein.

Der Aufstand zum Hecker Katholikentag.

Die Gegenjäger im Katholizismus sind gegenwärtig wieder bis zur Siedehitze zugespitzt. Die wiederholten Weisungen des Päpstlichen Stuhles, jeden Streit untereinander zu lassen, sind vollständig vergessen. Auf dem bevorstehenden Katholikentag in Wehr wird es zu einem Ringen zwischen den beiden Richtungen kommen, wie es in dieser Erbitterung noch keine Katholikentagung gesehen hat. Wie uns von wohlinformierter Seite mitgeteilt wird, ist man in beiden Lagern mit Hochdruck am Rufen, um die Gegenpartei in Wehr bezwingen zu können. Die Berlin-Trierer Gruppe will mit Gewalt eine Stellungnahme des Katholikentages zu der päpstlichen Enzyklika singulari quadam im Sinne von Oppersdorff und Korum erzwingen, die die Köln-M.-Glabbacher Richtung unter allen Umständen verhindern muß, wenn sie nicht den öffentlichen Bankrott erklären will. Der Kampf wird sich in Wehr allerdings nicht vor dem Forum der Öffentlichkeit abspielen, sondern in den unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagenden Ausschüssen. Die Hauptschlacht wird im sozialen Ausschusse geschlagen werden, wo die Kölner insofern eine günstige Position haben, als einer der Ihrigen, nämlich der Kolfsvereinsdirektor Hög. Dr. Pieper den Vorsitz in Händen hat. Die Versuche der Trier-Berliner, an Stelle des ihnen verhassten Dr. Pieper einen anderen ihnen gefügigen Vorsitzenden durchzudrücken, sind gescheitert. Das läßt auch schon darauf schließen, daß die Köln-Glabbacher in Wehr noch einmal obliegen werden, denn sie haben jetzt der Zahl nach die Mehrheit.

Ein Urteil über den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.

Die Königsberger „Hartungische Zeitung“ hatte in einem Artikel die Gründung des gelben Techniker-Verbandes durch den Reichsverband belächelt, worauf ihr von Reichsverbandsbeamten „Berichtigungen“ zugegangen waren, in denen bestritten wurde, daß der Reichsverband sich mit der Gründung des „nationalen Techniker-Verbandes“ beschäftigt habe. Jetzt schreibt die „Hartungische Zeitung“:

„Zu den auch aus zugehenden Berichtigungen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie nimmt jetzt die „Deutsche Techniker-Zeitung“ Stellung. Dadurch wird der jesuitische Charakter dieser Elaborate in derartigen Mäßen enthüllt, daß man von nun an in der Öffentlichkeit jeder Behauptung des sogenannten Reichsverbandes mit allergrößter Mißtrauen wird entgegenzutreten müssen. Es widersteht uns, noch weiter die schamlose Waise des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu belächeln. Der Geist, der jetzt in jeder Leitung, wie in seiner Beamtenhaft, waldet, dürfte nach diesen Leistungen gerichtet sein. Wer die Sozialdemokratie ernstlich bekämpfen will, darf nicht mit Mitteln der Berichtigung, Täuschung und Berhetzung arbeiten. So etwas ist niemals ein

nationales oder patriotisches, sondern unter allen Umständen ein verwerfliches und unpatriotisches Beginnen.“

Die Sozialdemokratie hat schon vor Jahren, als der Fortschritt die Hilfe des Reichsverbandes schmunzelnd in Anspruch nahm, das Treiben des Reichsverbandes an den Pranger gestellt. Damals freilich hat die Fortschrittspresse nicht das mindeste an dem Vorgehen dieses Verbandes auszusetzen gehabt.

Milderung des Militärstrafgesetzbuches.

Das furchtbare Erfurter Zuchthausurteil gegen einige Reservisten hatte den Reichstag fast einmütig zu dem Entschluß veranlaßt, von der Reichsregierung bezw. vom Bundesrat eine Milderung der militärischen Strafbestimmungen zu verlangen. Bald setzte gegen diesen Beschluß eine wilde Agitation reaktionärer Elemente ein, und es schien, als ob infolge dieser Agitation die Ausführung des Reichstagsbeschlusses auf die lange Bank geschoben werden sollte. Nunmehr wird offiziös gemeldet, daß sämtliche Bundesregierungen ihre Zustimmung zu dem Gesetzentwurf gegeben haben und daß das Gesetz in der neuesten Nummer des Reichsgesetzblattes veröffentlicht werden wird. (Ist inzwischen geschehen. Red.) Die reaktionäre Presse gibt die offiziöse Meldung kommentarlos wieder. Nur die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt: „Auch unsere Freunde im Reichstage haben mit zwei Ausnahmen für den Entwurf gestimmt. Sie sind also damit einverstanden, daß er möglichst schnell Gesetz geworden ist. Gleichwohl macht solche Gesetzgebungsarbeit einen peinlichen Eindruck. Wenn die Milderung des Militärstrafgesetzbuches so dringend notwendig war, so hätten die verbündeten Regierungen nicht erst auf die sozialdemokratische Anregung warten dürfen.“ Noch viel zu tun bleibt übrig, um mit den unzeitgemäßen, unmenstrischen Bestimmungen, die besonders im Militärstrafgesetzbuch festgelegt sind, aufzuräumen. Der starre Buchstabe des Gesetzes wird aber in Zukunft kein Militärgericht mehr nötigen, für Wirtschaftsschlägereien und Trunkenheitsexzesse existenzvernichtende Zuchthausstrafen zu verhängen. Die Einfügung der mildernden Umstände in die einschlägigen Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches gestattet eine individualisierte Behandlung der einzelnen Fälle und erlaubt den Richtern, bis auf die immerhin noch ganz respektablen und das Interesse der Disziplin vollauf wahren Mindeststrafen von 12 bezw. 6 Monaten Gefängnis hinabzugehen. Also ist den so schwer verurteilten Erfurter Reservisten doch in etwas geholfen worden; denn ihr Vergehen wird nun vor dem Oberkriegsgericht in Kassel mit anderen Augen angesehen werden müssen.

Das vom Reichstag beschlossene Gesetz hat folgenden Wortlaut:

Das Militärstrafgesetz wird dahin geändert:

1. Als § 110a wird folgende Vorschrift eingestellt: § 110a. Liegt in den Fällen der Paragraphen 100, 106, 107, 110 ein minder schwerer Fall vor, und ist die Tat nicht im Felde begangen, so kann die Strafe in den Fällen der Paragraphen 100 Absatz 1 und 106 bis auf sechs Monate Gefängnis, in den Fällen der Paragraphen 100, Absatz 2, 107 und 110 auf ein Jahr Gefängnis ermäßigt werden.

Im Absatz 2 des Paragraphen 109 wird das Wort durch zwei durch das Wort „einem“ ersetzt.

Die betreffenden Paragraphen lauten in der bisherigen Fassung:

§ 100. Wer mehrere Personen des Soldatenstandes auffodert oder anreizt, gemeinschaftlich entweder dem Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern oder sich ihm zu widersetzen, oder eine Tatkraft gegen denselben zu begehren, wird ohne Rücksicht darauf, ob ein Erfolg eingetreten ist, wegen Aufwiegelung mit Gefängnis nicht unter fünf Jahren bestraft.

Ist durch die Handlung ein erheblicher Nachteil für den Dienst verursacht worden, so tritt Gefängnis nicht unter zehn Jahren ein; im Felde kann auf lebenslängliches Gefängnis erkannt werden.

§ 106. Wenn mehrere sich zusammenschließen und mit vereinten Kräften es unternehmen, dem Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern, sich ihm zu widersetzen oder eine Tatkraft gegen denselben begehren, so wird jeder, welcher an der Zusammenrottung teilnimmt, wegen militärischen Ungehorsams mit Gefängnis nicht unter fünf Jahren, im Felde mit Gefängnis nicht unter zehn Jahren bestraft; zugleich ist auf Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes zu erkennen.

§ 107. Die Häufelührer und Anstifter eines militärischen Aufzuges sowie diejenigen Aufzuger, welche eine Gewalttätigkeit gegen den Vorgesetzten begehen, werden mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus, und wenn der Aufzug im Felde begangen wird, mit dem Tode bestraft.

§ 109, Abs. 2. Ist in einem solchen Falle die Rückkehr zur Ordnung von allen an dem Aufzuge Beteiligten erfolgt, so ist gegen Anstifter und Häufelührer auf Gefängnis oder Festungshaft von zwei bis fünf Jahren zu erkennen.

§ 110. Dem Anstifter eines militärischen Aufzuges gleich zu bestrafen ist derjenige an dem Aufzuge Beteiligte, welcher 1. persönlich von dem Vorgesetzten zum Gehorsam aufgefordert, diesen durch Wort und Tat ausdrücklich verweigert, 2. durch Mißbrauch militärischer Signale oder durch Aufzugszeichen den Aufzug befördert, oder, 3. unter den Aufzählern den höchsten Dienststrang einnimmt.

Das kaiserliche Jubiläums-Guldhorn über den Gefängnis.

Offiziös wird gemeldet: „Der Allerhöchste Erlaß vom 16. Juni d. J. betreffend Erlaß und Milderung von Strafen aus Anlaß des Regierungsjubiläums, ist nunmehr im wesentlichen zur Durchführung gelangt. Er hat zu einer sehr großen Zahl von Allerhöchsten Gnaden-erweisen geführt; ihre Zahl beläuft sich auf ungefähr 24.000.“ — Die Zahl erscheint ja recht ansehnlich; interessant wäre es jedoch vor allem, zu ersehen, wie er dieser Gnade teilhaftig geworden ist.

Der Kleinhandel mit Flaschenbier.

Eine politische Korrespondenz will wissen, die Reichsregierung beabsichtige, den Kleinhandel mit Bier gesetzlich zu regeln. Es soll der Kleinhandel mit Bier nicht, wie bisher, nur untersagt werden können, sondern untersagt werden müssen, wenn der Gewerbetreibende wiederholt wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung bestraft worden ist. Außerdem soll auch das Feilbieten mit Flaschenbier im Umherziehen einge- schränkt werden.

Landtagswahl in Detmold.

Bei der am Freitag vollzogenen Stichwahl zwischen dem Wild-Konservativen Kreisling und dem Fortschrittler Dr. Neumann-Hofer siegte ersterer mit 784 gegen 778 Stimmen. Die Fortschrittler haben somit ein vor ihnen bisher behauptetes Landtags-Mandat verloren. Der Ausgang dieser Wahl entbehrt nicht eines gewissen tragikomischen Beigeschmacks. Dr. Neumann-Hofer hatte sich bei den allgemeinen Wahlen nicht mehr in der dritten Klasse, sondern in der zweiten aufstellen lassen. Dort wollte er einen Konservativen zu Fall bringen, statt dessen fiel er selbst durch. Nun mußte der an seiner Stelle in der dritte Klasse gewählte Abgeordnete durch Niederlegung des Mandats Platz machen und Neumann-Hofer wurde gewählt. Die Wahlprüfungskommission des Landtags erklärte aber diese Wahl für ungültig, worauf Neumann-Hofer das Mandat niederlegte. In der nun zum dritten Mal in diesem Kreise vorgenommenen Wahl fiel er jetzt durch und die Folge der fortschrittlichen Mandatspolitik ist der Gewinn eines Mandats für die Konservativen.

Holland.

Kein liberal-sozialdemokratisches Ministerium in Holland. Die sozialdemokratische Parteikonferenz verwarf gestern die von der Mehrheit des Parteivorstandes beantragte Resolution betreffend Beteiligung der Partei an der Regierung mit 375 gegen 320 Stimmen und sprach sich somit gegen die Bildung eines liberal-sozialdemokratischen Ministeriums aus.

Balkan.

Die letzte Sitzung der Friedenskonferenz fand am Sonnabend in Bukarest statt. Ristitsch verlas eine Erklärung, wonach Serbien sich das Recht vorbehält, die Prüfung der Entschädigung dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Eine gleiche Erklärung gab der griechische Ministerpräsident Venizelos ab. Die Konferenz fuhr dann in der Beratung der Artikel des Friedensvertrages fort. Artikel 5 betreffend die Demobilisierung wurde angenommen. Artikel 6 handelt von der Räumung des bulgarischen Gebietes durch die Heere. Die Räumung findet erst nach der bulgarischen Demobilisierung statt. Der Artikel wurde angenommen, ebenso Artikel 7, der sich mit der Frage der Truppentransporte auf bulgarischem Gebiete befaßt, Artikel 8, der über die Kriegsgefangenen handelt und Artikel 9, betreffend Ratifikation des Vertrages. Vor Beendigung der Debatte fragte Ministerpräsident Venizelos noch einmal die Bulgaren, ob sie nicht die Erklärung über die gegenseitige Freiheit von Kirche und Schule annehmen wollten, die in der Schwebe gelassen worden sei. Rabew erklärte, er könne die Frage nicht auf der Stelle entscheiden, er bedaure, daß sie nicht mit allen Balkanstaaten zu einem Resultat geführt hätte. Spalnikowitsch erklärte, daß die Frage der alten Grenze Serbiens, die seit dem Berliner Kongreß eine Streitfrage gewesen sei, nunmehr geregelt sei. Der bulgarische Delegierte Tontschew verlas eine Erklärung, die besagt, daß Bulgarien gewünscht hätte, daß die Teilung des Gebietes nach dem Nationalitäten-Prinzip erfolge. Trotzdem nehme Bulgarien das Abkommen auf der Grundlage der tatsächlichen Lage in der Hoffnung an, daß sich die Mächte für das Schicksal Bulgariens mit Rücksicht auf die von diesem gebrachten Opfer interessieren würden. Der griechische Delegierte Politis erklärte, Griechenland unterzeichne den Vertrag in der Überzeugung, daß er auf dem gerechten Gleichgewicht gegründet sei, nicht auf der tatsächlichen Lage. Spalnikowitsch betonte, der Vertrag sei ein Werk der Gerechtigkeit und des gerechten Gleichgewichts. Ministerpräsident Majorescu sagte, er glaube der Dolmetscher der einmütigen Wünsche der Konferenz zu sein, wenn er hervorhebe, daß die abgegebenen Erklärungen den Wert des abgeschlossenen Friedens, der die Grundlage des endgültigen Friedens sei, nicht verringerten oder abschwächen. Sodann wurde die Sitzung aufgehoben. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages fand gestern früh um 9 Uhr statt.

Die Demobilisierung wird heute, Montag, beginnen. Die Schul- und Kirchenfragen sind von beiden Parteien fallen gelassen worden.

Die Türkei will sich anscheinend wegen Adrianopel auf die Hinterbeine setzen. Dem Ikdam zufolge wurde von dem außerordentlichen Ministererrat beschlossen, den von den Bolschakern der Mächte gemachten Vorschlag, Adrianopel zu räumen und sich nach der im Londoner Vertrag bestimmten Grenze zurückzuziehen, zurückzuweisen.

Amerika.

Die Stimmung in Mexiko ist gegenwärtig wieder eine sehr erregte. Hervorgerufen ist dieselbe durch Einmischungsversuche der Vereinigten Staaten, die natürlich von diesen abgelehnt werden. Präsident Wilson erklärt, es handle sich bei der Überfendung des Vertreters Sohn Lind nur um eine Verständigungsaktion. Präsident Huerta traut jedoch dem Frieden nicht. Er hat erklärt: Ich werde jedem Einmischungsversuch der Unionstaaten in Angelegenheiten Mexikos mit der Waffe entgegenzutreten. Ich beabsichtige die Angelegenheit Linds absolut zu ignorieren, bis er die amtliche Beglaubigung als Botschafter hat. Er wird unter keinen Umständen von den Behörden empfangen. Ich weigere mich, die Vermittelung oder Einmischung der Unionstaaten anzunehmen.

China.

Die Besserung der Lage in Schanghai wird durch die Veröffentlichung des Komitees zur Unterstützung der Flüchtlinge veranschaulicht, daß keine weiteren Beiträge erforderlich seien. Man beabsichtige in ein paar Tagen die Lager abzubauen, in denen bis vor einer Woche in jeder Nacht über 3000 Flüchtlinge untergebracht worden waren. Admiral Tseng hat die Bezirke Ring-Suen und Nantau ziemlich gesäubert. Morgen treten die Landstreitkräfte den Vormarsch nach Ring-Suen und Wutschou an. Eine doppelte Bewegung der Kreuzer oberhalb und unterhalb der Forts wird sie unterstützen.

Montag, 11. August.

Das Lübecker Gewerkschaftsfest nahm — vom herrlichsten Sommerwetter begünstigt — einen prächtigen Verlauf. Die Aufstellung des Festzuges auf dem westlichen Teile des Burgfeldes entwickelte sich glatt. Präzise 1 1/2 Uhr setzten sich die Arbeiterbataillone in Bewegung. Der imposante Festzug, an dem sich viele Tausende von Arbeitern mit ihren Familien beteiligten, bestand aus sechs Zügen. Sieben Musikchöre intonierten die Marschweisen. Gegen 50 Fahnen wurden im Zuge geführt, der gegen 3 Uhr auf dem Festplatz in Israelsdorf eintraf. Es dauerte dann noch über eine halbe Stunde, ehe der letzte Zug auf dem Blaise anlangte. Zunächst begrüßte der Chorverein unter der Leitung des Herrn Sulanke die Festgenossen mit dem bekannten Uthmannschen Lied für Männergesang „Dem Lenz entgegen“. Hierauf nahm Genosse Theodor Schwarz das Wort zur Festrede. Er wies auf die außerordentliche Disziplin der Lübecker Arbeitererschaft hin, erörterte die Gefahren und die Not der heranahenden Krise und forderte die Einführung der Arbeitslosenversicherung durch das Reich, um endlich diese Sünde der kapitalistischen Gesellschaft weniger schmerzhaft für die Betroffenen zu gestalten. Zur Linderung der Krise habe der Senat die Pflicht, schon jetzt Notstandsarbeiten in Aussicht zu nehmen. Aber deutsche — nicht ausländische — Arbeiter sollten dabei vor allem beschäftigt werden. Nachdem Redner noch für unentwegte Agitation und Organisation für Partei und Gewerkschaften aufgefordert hatte, schloß er seine Ausführungen mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung. Nachdem die Arbeiterführer nochmals ihre Kunst hören ließen, stuteten dann die Massen über den Platz und füllten die Lokale und deren im dunklen Grün prangenden Gärten. Alt und Jung labte sich an den verschiedenen Ess- und Trinkgelegenheiten, vergnügte sich auf den Karussells oder schwangen das Tanzbein in den Sälen, in denen ein dichtes Gedränge bis in die Nacht hinein herrschte. Die Wagen der Elektrischen wurden in den späten Abendstunden förmlich gestürmt. Der gegen 9 Uhr ausgebrochene Regenguß zeigte wieder einmal, wie nötig eine Wartehalle an der Israelsdorfer Endstation der Straßenbahn ist. In dieser Beziehung ist unsere Elektrische noch nicht auf der Höhe. Soviel Rücksicht auf das Publikum hätte schon längst einmal genommen werden müssen. Im übrigen kann das Fest als ein in jeder Beziehung wohl gelungenes bezeichnet werden. Wohl alle Teilnehmer dürften auf ihre Rechnung gekommen und vollbefriedigt nach Hause gegangen sein.

Wilhelm II. war gestern in Lübeck. Zahlreiche Neugierige drängten sich in den Straßen, welche sein Wagen passieren mußte. Die liebe Schulfugend war besonders für diesen Zweck aufgebildet worden. Nach einer musikalischen Veranstaltung in der Marienkirche wurde im Rathaus geredet, gegessen und getrunken. Wie das Menu zeigt, spürte man da nichts von der Krise und den teuren Zeiten, unter denen weite Volksschichten Entbehrungen leiden müssen, ja am Hungertuche nagen. Das Amtsblatt teilt mit, daß die Speisefolge diese war:

- Melone
- 1906. Heidfeld & Co. Monopole
- Klare Suppe
- Rehrücken mit Orangengallert und Bananen
- 1899. Chät. Malescot Margaux
- Steinbutt. Lübecker Chamignons
- 1893. Niersteiner Rehr
- Riesling Auslese
- Kaltes Gericht von Haselhühnern
- 1878. Chät. Léonille Lascases
- Arabschwänze. Grüne Spargelspigen
- 1893. Chät. d'Yquem
- Bierländer Gans
- Salat. Eingemachte Früchte
- 1871. Chät. Latour
- Mandeleis
- 1904. G. S. Mumm & Co.
- Käsegericht
- 1792. Madeira
- Mokka — Litsre

Wenn wir noch erwähnen, daß der Kaiser ankündigte, er wolle ein Kirchenfenster für die Marienkirche stiften, so ist das Wesentliche über den gestrigen Kaiserbesuch berichtet. Höchstens kann noch hinzugefügt werden, daß Wilhelm II. nachdrücklich betonte: ich schütze den Kaufmann; sein Feind ist mein Feind. Von den Arbeitern und von deren politischer Vertretung, der Sozialdemokratie, wurde nicht gesprochen. Soweit uns bekannt, sind eigentliche Unfälle nicht vorgekommen; nur in der Redaktion des Amtsblattes scheint ein Fall von Delirium bedauernd wertvoll zu folgen gehabt zu haben. Uns tut der arme Kerl leid, der in der heutigen Morgenausgabe des Blattes mit dem Vogel folgendes verbricht:

Die geradezu staunenerregende Fülle von Menschen, die Lübecks Straßen schon lange vor der Ankunft des Kaisers durchstutete, schwoll immer mehr und mehr an, je näher die Stunden kamen, da er unter uns weilen sollte. Und als er kam, wela ein Klingender heller Jubel scholl ihm entgegen, der gebräunt von nordischer Fahrt, freundlichen Auges die Truppen musterte und die Alten, die Knaben und Mädlein, die wackeren Männer und Frauen und ein Tücherwehen war es und ein Rufen, daß aller Herzen höher schlugen, daß ein glühvoller Feuerstrom die Massen durchpustete in der freudigen Genugtuung, den Kaiser, unsern Führer und Mahner zu sehen, wieder in Lübeck zu wissen. Wie muß es den wenigen Jammergehalten zu Mute gewesen sein, die abseits standen, die glaubten, deutsche Männer und Frauen, auch wenn sie durch Irrelehen eine Weile fern gehalten werden von der Liebe zum Vaterland, auch wenn sie ihnen systematisch vererbt wird, diese Liebe zu Kaiser und Reich, wie muß ihnen zu Mute gewesen sein, als sie die gewaltigen Massen sahen, die sich um den Kaiser scharten, die alle Fenster, alle Dächer dicht besetzt hielten, als von dem Kleinen Häuflein mehr und zu sehen, der mit festem Willen und eiserner Kraft uns zur Größe geholfen, der sich eins weiß mit den besten seines Volkes. So ein freudiger Jubel, wie er in Lübeck erklang, er schwenmt alles hinweg, was trennend in des Lebens schwankenden Rahn zwischen Mensch und Mensch tritt, und Bauer und Bürger, Arbeiter und Handwerker, Kaufmann und Fabrikherr, alt und jung, hoch und niedrig fühlen sich eins, fühlen sich als ein Ganzes, als Brüder eines Volkes.

Wir wollen es mit dieser kleinen Probe genug sein lassen. Unzurechnungsfähige sind bekanntlich für ihre Handlungen nicht verantwortlich zu machen. Deshalb haben wir es auch nicht nötig, die haßerfüllten Schimpereien auf die vielen Tausende der klaffenbemühten Lübecker Arbeiter als Jammergehalten einer weiteren Brachtung zu würdigen. Ist es nicht schon bezeichnend, daß der Arme sich so aufregt, obwohl nach seiner Behauptung nur wenige „Jammergehalten“ abseits standen? Hoffentlich wird eine kalte Dusche den Deliranten wieder in den Besitz seines gewohnten kleinen Quantums Vernunft bringen.

Die Entschädigung von Schöffen und Geschworenen. Im „Reichsanzeiger“ vom 9. August wird das Gesetz über die Entschädigung von Schöffen und Geschworenen und die

Bundesratsverordnung über die Höhe der Tagegelber und der Reisekosten der Schöffen und Geschworenen veröffentlicht. Das Gesetz, datiert vom 29. Juli, hat folgenden Wortlaut: Einziger Artikel.

Das Gerichtsverfallungsgesetz wird dahin geändert: I. Im § 55 werden die Worte „Die Schöffen und“ gestrichen. II. Als § 55 wird folgende Vorschrift eingefügt: Die Schöffen erhalten Vergütung der Reisekosten und für jeden Tag der Dienstleistung Tagegelber. Die Höhe der Reisekosten und Tagegelber bestimmt der Bundesrat durch allgemeine Anordnung. Die Tagegelber dürfen nicht zurückgewiesen werden. III. Im § 96 erhält der Absatz I folgende Fassung: Die Bestimmungen der §§ 55a, 56 finden auch auf Geschworene Anwendung.

Die Bundesratsverordnung, die vom 2. August datiert ist, hat folgenden Wortlaut: § 1. Schöffen und Geschworene erhalten für jeden Tag der Dienstleistung ein Tagegelb von fünf Mark. Als Tag der Dienstleistung gilt jeder Tag, an dem der Schöffe oder Geschworene mit Rücksicht auf sein Amt am Sitzungsort anwesend sein muß. Schöffen und Geschworene erhalten außerdem für jedes durch die Dienstleistung notwendig gewordene Nachtquartier eine Zulage von drei Mark.

§ 2. Schöffen und Geschworene, die außerhalb ihres Wohnortes einen Weg von mehr als zwei Kilometer zurücklegen haben, erhalten als Reiseentschädigung für jedes angefangene Kilometer des Hinwegs und des Rückwegs:

- 1. bei Wegen, die auf Eisenbahnen, Kleinbahnen oder Schiffen zurückgelegt werden können, sechs Pfennig.
- 2. bei Wegen, die nicht in dieser Art zurückgelegt werden können, zwanzig Pfennig.

Soweit ausnahmsweise aus besonderen Gründen die Benutzung von Beförderungsmitteln, die höhere Auslagen erfordern, notwendig ist, sind die erforderlichen höheren Auslagen zu ersehen.

§ 3. Die Reiseentschädigung wird auch für die Reisen gewährt, die der Schöffe oder Geschworene während der Tagung nach seinem Wohnort und zurück macht. Sie darf jedoch die Höhe der Bezüge nicht übersteigen, die der Schöffe oder Geschworene erhalten haben würde, wenn er am Sitzungsorte hätte anwesend sein müssen.

Es ist dringend zu wünschen, daß nunmehr auch in Lübeck Arbeiter zu Schöffen und Geschworenen berufen werden. Bisher war noch kein Arbeiter in Lübeck als Geschworener tätig; als Schöffe ist das auch nur ganz vereinzelt der Fall gewesen. Die Ausrede, daß Arbeiter aus pekuniären Rücksichten derartige Ämter nicht übernehmen können, fällt jetzt fort.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Schwindler an der Arbeit. In den letzten Wochen kamen wiederholt zwei Leute, Mann und Frau, in die Wohnung hiesiger Einwohner und fragten, ob diese keine Schirme zum reparieren hätten. Sie erhielten auch verschiedene Aufträge, führten diese aber nicht aus, sondern verschwanden samt den ihnen zur Reparatur mitgegebenen Parasolles. Die Schwindler gaben vor, in der Rosenstraße zu wohnen. Mögen diese Vorkommnisse anderen zur Warnung dienen, damit sie vor Schaden bewahrt bleiben und ihre Schirme nicht irgendwelchen unbekanntem Personen in gutem Glauben mitgeben.

Der Chorverein Lübeck beabsichtigt einen Frauenchor zu gründen. Frauen und Mädchen, welche Lust und Liebe zum Gesang haben und stimmbegabt sind, weisen wir auf die heute abend im Gewerkschaftshaus stattfindende Versammlung hin. Es entspricht dem Wunsch zahlreicher organisierter Frauen, hier einen solchen Chor ins Leben zu rufen; deshalb ist zu erwarten, daß dieser Schritt von Erfolg begleitet wird.

pb. Erstickten. In verfloßener Nacht gegen 1 Uhr hörte ein auf dem Heimwege die Lüchowstraße passierender Mechaniker vor einem Hause einen lauten Streit. Ein Arbeiter war mit seiner Familie in Zwistigkeiten geraten und bedrohte seine Angehörigen mit einem großen Messer. Der Mechaniker trat hinzu, um den Streit zu schlichten. Jetzt wandte sich der anscheinend in großer Wut befindliche Arbeiter gegen ihn und verfechtete ihm mit dem Messer einen so mächtigen Stich in die linke Brust, dicht bei der Schulter, daß der Verletzte nach kurzer Zeit verstarb.

pb. Unjug. In der Nacht vom 8.—4. ds. Mts. ist die Pforte, die zum Vorgarten des Hauses Reiferstraße 52 führt, ausgehakt und vermutlich von Unjug treibenden Personen verschleppt worden. Die Pforte ist aus graugeschrichenen Latten hergestellt.

pb. Entwendete Leertonne. Am 7. ds. Mts. gegen 8 Uhr morgens, ist eine vor dem Hause Untertrave 40/41 liegende Tonne mit Kohlentee im Werte von 20 Mark abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Tonnendeckel ist weiß gestrichen.

pb. Fahrverdrücktafel. Am 8. d. Mts. ist aus einem an der Beverdesstraße belegenen Hause ein Fahrrad, Marke „Gyrex“, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktrittsbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 13203 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. An dem sehr verrosteten Rade war die linke Sattelfeder zerbrochen.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein obdachloser Arbeiter aus Sieradz, der seitens der Staatsanwaltschaft in Bremen wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird.

Naturhistorisches Museum. Im Treppenhause des Naturhistorischen Museums sind von jetzt an wieder eine größere Anzahl von Pflanzenarten ausgestellt. Am Sonntag, dem 17. August, findet eine Ausstellung der wichtigsten und schönsten Rosenarten statt, die Herr H. Rastedt, Kunst- und Handlungsgärtner, Schönbödenstraße 32, auf Ansuchen freundlich zur Verfügung gestellt hat. Wir machen schon jetzt auf diese interessante Veranstaltung aufmerksam.

Sänglingsfürsorgestelle III. Die nächste Sprechstunde findet am Dienstag von 2 bis 3 1/2 Uhr nachmittags Langer Lohberg 6—7 statt.

h. Renjefeld. Gemeinderatssitzung. Der Vorsitzende teilte mit: 1. Die Regierung genehmigte zwecks Chauffierung in der Lindenstraße die Anleihe von 5000 Mk., Abzugszeit 15 Jahre in der Weise, daß Zinsen und Amor-

tisation gleich bleiben. Die Summe, die nach dem ersten Abschluß eingereicht ist, übersteigt die wirklichen Kosten um 1370 Mark. Diese Summe soll bei später vorzunehmenden Chauffierungen aufgenommen werden. 2. Dem Lehrer Sach ist aufgegeben, bis spätestens zum 1. April 1914 seinen Wohnsitz im Schulbezirk zu nehmen. Bekanntlich faßte der Gemeinderat im verfloßenen Winter den Beschluß: „Sämtliche Lehrkräfte haben ihren Wohnsitz im Schulbezirk zu nehmen.“ Dieser Beschluß fand Befolgung bis auf den vorgenannten Lehrer, der es nicht überwinden kann, aus der Stadt Schwartau nach Renjefeld zu ziehen. Er schützte zuletzt seine Krankheit vor und so mußte die Angelegenheit von der Regierung entschieden werden. 3. An Stelle der auf ihren Antrag zum 1. Oktober aus dem Schuldienst ausscheidenden Lehrerin Fr. Catoebius soll der große Schülerhäufel wegen ein Lehrer angestellt werden. 4. Betreffs der Schulneubauangelegenheit werden Vertreter der Regierung an Ort und Stelle mündlich mit der Gemeindevorstellung verhandelt. 5. Die in letzter Sitzung beschlossene Klage gegen die Verfügung der Regierung ist eingereicht. — Die Ortschaft Cleverbrück hatte den Antrag gestellt, zur Erhaltung ihrer Straßen eine Ortsgenossenschaft zu bilden. Der Antrag fand Annahme und lag heute dem Gemeinderat die Genehmigung der Grenze ob, die in einer beigelegten Karte festgelegt war. Sie fand eine Erweiterung infolfern, als die Straße nach Al.-Mühlen bis zum Wegweiser mit eingereicht werden soll. Die Anleihe von 2000 Mk., welche die Instandhaltung der nicht chauffierten Wege bedingt, wurde in 2. Lesung angenommen. Zu den Kosten der Gemeinde-Pflegerein wird die Schleswig-Holsteinische Landesversicherung jährlich 100 Mk. beisteuern. Als einmalige Beihilfe stiftet die vorgenannte Versicherung 60 Mk., wenn die Gemeinde die volle Margarethen-Spende in Anspruch nimmt. Es wurde letzteres beschlossen, soweit die einzelnen Gegenstände noch nicht angeschafft sind.

Cutin. Das Gewerkschaftsfest, welches hier gestern stattfand, nahm einen schönen Verlauf. Um 1 1/2 Uhr sammelten sich die Festteilnehmer, unter denen sich eine Anzahl Genossen aus Neustadt, Plön, Malente usw. befanden, auf dem Marktplatz, um Johann unter den Klängen einer Musikkapelle nach dem herrlichen Festplatz im Gehöf Pulverberg zu marschieren. Der Festzug wies eine gute Beteiligung auf. Nach Ankunft desselben auf dem Festplatz hielt Genosse Stelling-Lübeck eine markige Festrede, die in einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung ausklang. Hierauf vergnügten sich die Teilnehmer bei den mancherlei Veranstaltungen, die auf dem Festplatz arrangiert waren. Abends beschloß ein Ball die Feier. Erwähnenswert ist, daß die Frage des Festplatzes in diesem Jahre auf mancherlei Schwierigkeiten stieß. Zunächst bestand der Plan, das Fest im Lokale „Segarten“ abzuhalten. Der Wirt hatte auch sein Einverständnis hierzu gegeben. Er hatte jedoch die Rechnung ohne die Kieler Schlossbrauerei, mit der er in Geschäftsverbindungen steht, gemacht. Diese untersagte ihm nach seiner Angabe die Vergabe des Lokales an die organisierte Arbeitererschaft. Ein solches Verhalten fordert zur allerschärfsten Kritik heraus.

Hamburg. Aus der Fremdenlegion desertiert. Vier junge Deutsche, die aus der Fremdenlegion desertiert sind, sind mit dem deutschen Dampfer „Samos“ hier angekommen. Bei einem Transport von Oran nach Tontin sind sie im Suezkanal über Bord gesprungen und nach Alexandria entwichen. Der deutsche Konsul hat die vier Deserteure nach Deutschland schaffen lassen. Der eine ist ein Klempner, die anderen sind je ein Maurer, Zementierer und Bergmann.

Hamburg. Beendigung des Glaserstreiks in Hamburg. Nach einem Kampfe von 13 Wochen Dauer ist der Streik siegreich beendet worden. Die Streikenden nahmen die von der paritätischen Kommission festgelegten Einigungs-vorschläge an, wonach der Lohn sofort um 5 Pfg. pro Stunde erhöht wird und ab 1. Oktober 1915 ein weiterer Zuschlag von einem Pfennig auf die zu zahlenden Stundenlöhne erfolgen soll. Es gelang den Gläsern auch, eine Verkürzung der Arbeitszeit an den Sonnabenden um eine Stunde und vor den großen Festen um 2 Stunden zu erreichen. Für diese Stunden wird ihnen der Lohn mitbezahlt. Das Montagegeld wurde von 2,50 Mk. auf 3 Mk. erhöht. Die Unternehmer haben gleichfalls diesen Abmachungen zugestimmt. So ist denn eine Bewegung beendet, die von den Gläsern mit bewundernswürdiger Geschlossenheit geführt wurde. Der Streik war so konsequent durchgeführt, daß die streikenden Glaser selbst bei den Unternehmern nicht arbeiten wollten, die für sich die Forderungen der Ausständigen zu bewilligen geneigt waren; sie wollten nur dann die Arbeit wieder aufnehmen, wenn die Gesamtheit der Unternehmer sich zu annehmbaren Zugeständnissen bereit erklärte. Wie wir sehen, hat das Vorgehen ja erfolgreich zum Ziele geführt.

Bordesholm. Feuer. Das Haus des Bühnens Hans Bracker in Bordesholm brannte vollständig nieder. Eine Sau, die geferkelt hatte, kam mit den 14 Ferkeln im Feuer um; das übrige Vieh ist gerettet. Sämtliche Möbel, landwirtschaftliches Gerät, Heu und Stroh sind verbrannt. Man vermutet Brandstiftung.

Stade. Eine Innung widmet die Arbeit eines Sozialdemokraten dem Kaiser. Die bürgerliche Presse berichtet, daß die Freie Baugewerksinnung des Landstädtchens Stade anlässlich des Festes ihres 250jährigen Bestehens ein Prachtwerk herausgegeben hat. Das Werk führt den Leser auf Grund attemmäßiger Studien nach einem Vorwort über die Entwicklung des Zimmerer- und Maurerberufes und einem geschichtlichen Rückblick 250 Jahre zurück, um ihm — so heißt es in der Mitteilung — in höchst anziehender Darstellung die Aufgaben, Sitten und Gebräuche der alten Handwerksämter zu schildern. Dann wird in der Notiz ausgeführt: „Mit der Wiedergabe der zum Teil überaus drastischen alten Zunftregeln der Zimmer- und Maurergesellen wird ein gutes Stück alter Kulturgeschichte dargestellt, sodas das Buch als Chronik und Quellenmaterial erheblichen Wert besitzt. Das Buch ist dem Kaiser gewidmet, der durch Vermittlung der königlichen Regierung in Stade der Innung den Dank für die Widmung aussprechen ließ. Das im Selbstverlag der Innung erschienene Buch ist zum geringen Preise von 3 Mark entweder direkt von der Innung oder von der Buch- und Kunsthandlung von H. Bodewich Nachf. Karl Krause in Stade zu beziehen.“ Wir drücken diese Nachricht dem „Hamburger Correspondent“ vom 29. Juli ds. Js. nach. Ein Vergleich des beschriebenen Buches der „Freien Baugewerksinnung Bauhütte zu Stade“ mit der „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung“ (erster Band) von August Brinmann ergibt, daß das erstere Buch zum erheblichen Teil nur ein Abdruck aus letzterem ist. Die Stader Baugewerksinnung hat es unterlassen, die Quelle anzugeben, aus der sie geschöpft.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: T. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“.

Verkauf 6028
lebender Butt
 am Dienstag,
 dem 12. August 1913
 vormittags von 8 Uhr ab
 an der
Cutiner Brücke
 und
Drehbrücke.

Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme beim Hinscheiden meiner
 lieben Frau, unferer unvergeßlichen
 Mutter danken herzlichst (6029)
Heinr. Schulz und Kinder.

Danksagung.
 Für die vielen Kranzspenden und
 Beweise herzlicher Teilnahme bei
 dem Begräbnis meiner lieben Frau
 sagen allen, sowie meinen Kollegen
 und insbesondere Herrn Pastor
 Willenstein für die trostreichen
 Worte unsern innigsten Dank. (6037)
Heinrich Gerke und Kinder.

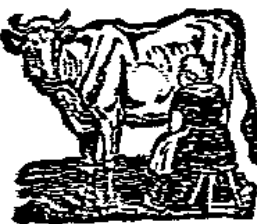
Junger Mann sucht leichte Be-
 schäftigung irgend einer Art, am
 liebsten beim Fuhrwerk über Land
 zu fahren mit Brotwagen oder Kolo-
 nialwaren. Näheres in der Exp. d. Bl.

3rd. möbl. Zimmer zu verm.
 (6036) Palauerföhr 11. l.
 2 Schweine, 4 Hühner, 1 Ente,
 23 Küken usw. zu verkaufen.
 (6039) Mevius, Moisling.

Verloren ein braunes Damen-
Portemonnaie mit
 Inhalt. Abzugeben gegen Belohn.
 Jacobstraße 1. (6040)

Ein Damenohrarm mit brauner
 runder Spitze am 23. v. M. von Lübeck
 nach Schwartau verloren. Gegen Be-
 lohnung abzugeben. (6027) Kielesbusch 18.

Verloren am Sonnabend zwischen
 8 und 9 Uhr ein Porte-
 monnaie mit 14 Mk. Inhalt. Bitte
 abzugeben gegen Belohnung in der
 Expedition d. Bl. (6032)

 **Vereinigte**
Butterhändler
 von Lübeck
 und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
 kostet Pfd. **1.30** Mk. (6035)

Plakate
 betr.
 Verordnung des Medizinal-
 amts vom 11. Juli 1910
 bezügl. Feilhalten von Nah-
 rungs- und Genußmitteln
 sind zum Preise von 30 Bfg.
 per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“

Zusammengestellt von
Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“) -Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“. Johannisstr. 46.

Bestes
Ragoda Schnell-
 Mittel **Wash-**
 Ohne Chlor.
 Garantiert unschädlich.
 Schneeweisse Wäsche.
 1 Pfd. nur 65 Pfg.
 Überall zu haben.
 Zur Einführung bis Ende 1914
 gegen ausgesch. Gutscheine von
 5 Pfd.: 1 Taschenmesser oder
 1 Schere usw. (1823)
 10 „ leicht silb. Kollier, 3 Neu-
 silber-Eßlöffel usw.

Leere Farbtonnen
 vorrätig.
 Expedition d. „Lüb. Volksboten“.

Achtung!
Kohlenarbeiter!
Versammlung
 am Dienstag, 12. August
 abends 8 1/2 Uhr.
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50—52.
 Tages-Ordnung:
 Berichterstattung der
 Lohnkommission.
 (6038) Der Vorstand.
 NB. Das Erscheinen der Kollegen
 ist dringend notwendig. D. D.

In unserem Verlage ist
 soeben erschienen:

Hinrich Paternostermater

Ein dunkles Blatt
 aus der Lübeckischen
 Geschichte des 14.
 : Jahrhunderts :
 Von Th. Schwarz
 Preis: 60 Pfennig
 Gebunden 1 Mk.
 Jedem Freunde der
 älteren Geschichte
 Lübecks sehr zu emp-
 : pfehlen :

Friedr. Meyer & Co.
 Buchhandlung Johannisstraße 46

Achtung Schneider!
Mitglieder-Versammlung
 am Dienstag, 12. August
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstr. 50—52.
 Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zum Reichstaxif.
 Referent: Kollege Plog, Leipzig.
 2. Unser 25. Stiftungsfest.
 3. Verschiedenes.
 Das Erscheinen sämtlicher Kollegen
 ist erforderlich
 (6030) Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Versammlung
 der
Geschäftskutscher, Kauf-
manns- und Weinarbeiter
 am Dienstag, 12. August
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50—52.
 Tagesordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
 (6034) Der Vorstand.
 NB. Das Erscheinen der Kollegen
 ist dringend erforderlich, speziell ist
 das Erscheinen der Weinarbeiter
 sehr erwünscht. D. D.

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden
 und seine Bücherei auf billigste
 Weise (40 Pfl. im Monat) vermehren will, trete
 dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden
Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde
 (Sitz Stuttgart)
 bei. Für den geringen Jahresbeitrag von
nur M 4.80
 (dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch
 die Post d. Porto) erhält man kostenlos:
 1. die reichillustrierten Monatshefte
Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde
 mit den Beiblättern:
 Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photo-
 graphie und Naturwissenschaft — Technik und
 Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld —
 Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.
 2. Anskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von
 Büchern, Mitroskopen, d. Vorträgen u. Kursen etc.
 3. ohne jede Nachzahlung
fünf wertvolle Bücher
 erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche,
 Festländer und Meere; Dr. K. Floercke, Einheim.
 Fische; Dr. Ad. Koelisch, Der blühende See; Dr.
 H. Dekker, Vom sieghaften Zeilenstaat; Dr. A.
 Zart, Aioone und Moleküle.
Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede
 Buchhandlung entgegen,
 wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos“, Stuttgart.
 Probehefte und Prospekte postfrei!

Diese Blumen
 bei Abnahme v. 2 Pfd. pr. Pfd. **70** 1/2
 la. Kopf und Wein pr. Pfd. **25** 1/2
 - Eiswein pr. Pfd. **60** u. **50** 1/2
 - Kochrippen . . . pr. Pfd. **30** 1/2
 - fetten u. mager. Speck **95** 1/2
 bei Abnahme v. 4 Pfd. pr. Pfd.
Karl Lahrtz, M. Lahrtz.
 Böttcherstr. 14/16. (6038)
Lübecker Sommer-Theater
 i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
 Dienstag, den 12. August:
 Benefiz für Arno Hof.
Kean oder Genie
u. Leidenschaft.
 Lustspiel in 5 Akten v. Dumas (Vater)
 Titelrolle: Arno Hof.
 Mittwoch, den 13. August:
 Der Operettenhändler:
FILZAUBER.
 „Mühle du kleine Mühle“
 Donnerstag: Die tolle Prinz-
 Schwan von Ernst Albert.
 Freitag: Pappchen.
 (6031) Anfang stets 8 1/2 Uhr.

**Schon
 beim Kinde**

soll eine regelmäßige konsequente
 Pflege und Reinigung des Haars ein-
 setzen. Das Kind ist durch den Ver-
 kehr mit Spiel- und Schulgenossen
 der Verunreinigung und Übertragung
 von Hautkrankheiten besonders aus-
 gesetzt. Bei regelmäßigen Was-
 chungen des Kopfes und Haars mittels



**Shampooon mit dem
 schwarzen Kopf**

wird der Übertragung von Haar-
 krankheiten vorgebeugt und durch den
 Waschprozeß zugleich die Zer-
 setzungsprodukte der Haut, sowie der
 Staub und Schmutz beseitigt und die
 natürlichen Funktionen der Haare
 gehoben. Man verlange beim Einkauf
 ausdrücklich **Shampooon mit dem schwarzen Kopf**
 mit der nebenstehenden Schutzmarke
 und lehne Nachahmungen des
 Original-Fabrikates kategorisch ab. (Paket
 20 Pfg., 7 Pak. M. 1.20) auch mit **Eigolb-,
 Tee-, Kamillen-, Schwefel-, Sauerstoff-,
 Kräuter-, Lanolin-, Birkensalben-**
 oder **Poru-Tannin-Zusatz**
 (Paket 25 Pfg., 7 Pakete Mk. 1.50) in
 allen Apotheken, Drogerien und
 Parfümerie-Geschäften erhältlich.
 Schutzmarke.

Alleinige Fabrik: **Hans Schwarzkopf** G. m. b. H., Berlin N. 37.

Ein Notschrei aus Bulgarien.

(J. S.) Auf dem Umwege über Konstantinopel erhalten wir einen interessanten Bericht des Genossen Dimitroff, des bulgarischen Gewerkschaftssekretärs, vom 14. Juli, der auf dem ordentlichen Wege infolge der vollständigen Postsperrung in Bulgarien nicht befördert werden konnte und daher einem Vertrauten nach Konstantinopel mitgegeben werden mußte. Von dort aus kam er glücklich in unsere Hände. Wenn auch durch den inzwischen erfolgten Friedensschluß die Situation auf dem Balkan eine andere geworden ist, als zurzeit, da dieser Bericht geschrieben wurde, lassen wir ihn — um ihn nicht abzuschwächen — im Wortlaut folgen. Genosse Dimitroff schreibt:

Was wir vorausgesehen haben, ist eingetroffen und zwar früher, als wir ahnten. Die Balkanvölker sind durch die kapitalistischen Cliquen und durch die Dynastien in einen Bruderkrieg verwickelt worden, in ein neues furchtbares Blutbad. Dieser Krieg, der nicht einmal offiziell von Bulgarien erklärt wurde, hat jetzt seinen Höhepunkt erreicht. Er übertrifft an Grausamkeiten, an Blutvergießen, an furchtbaren Opfern sogar den Krieg mit den Türken. Bei Wididen a. Donau, Zarobrod bis zum ägäischen Meer werden wilde Kämpfe geführt mit Schrecknissen solcher Art, wie sie bis jetzt in der Kriegsgeschichte nicht vernommen worden sind. Schon seit 10 Tagen werden die Truppen aufeinander gehetzt. Unsinnige Anstürme, heftige Angriffe bedecken das Schlachtfeld mit zahllosen Opfern, ruinieren Mazedonien und weihen die unschuldige Bevölkerung der Vernichtung. Keine Partei kann einen entscheidenden Erfolg verzeichnen, der imstande wäre, die Feindseligkeiten zu beenden. Zum Unterschied mit dem Kriege mit der Türkei behauptet in diesem Kriege jeder Kämpfer die erworbene Position, oder, wenn heute eine Position aufgegeben werden mußte, so wird sie am nächsten Tage von den gleichen Truppen wieder eingenommen. Alle Nachrichten der ausländischen Presse über bulgarische, griechische oder serbische Siege sind Erfindungen. In Wahrheit kann man von Siegen nicht sprechen. Die Parteien behaupten immer die gleichen Positionen und es ist wenig Hoffnung vorhanden, daß durch Fortsetzung der Kämpfe eine wesentliche Veränderung der Situation erreicht würde. Eines ist sicher, nämlich daß der gegenwärtige Krieg ein furchtbares Gemetzel ist, eine Schlachtereierie, wie sie die Geschichte zum erstenmal verzeichnet. Die Zahl der Opfer an Menschenleben ist erschreckend groß. Allein in den letzten zehn Tagen wurden 35—40 Prozent der kämpfenden Soldaten als Tote oder Verwundete aus den Reihen entfernt. Das ist der Grad, zu dem sich der gegenwärtige „Christliche“ Krieg entwickelt hat! Die verwundeten Offiziere und Soldaten bestätigen, daß der Krieg mit der Türkei im Vergleich zu dem der Balkanverbündeten nichts als ein Kinderspiel gewesen sei.

Die Lage Bulgariens ist ungemein traurig. Seine Feinde auf dem Schlachtfelde sind gleichzeitig Serbien, Griechenland und Montenegro. Im Rücken wird es von Rumänien angegriffen, dessen Armeen bis bulgarisch Doubrodja vordringen, bis in die an der Donau gelegenen Städte wie Bana, wo sie die drahtlose Telegraphie und die Kabel mit Beschlag belegt haben, was uns von der ganzen Welt abschneidet. Auch Griechenland erhebt wieder neue territoriale Ansprüche. Von allen Seiten ist Bulgarien bedrängt. An Stelle des „Großen Bulgariens“, an Stelle der Hegemonie auf dem

Balkan, wie unsere begeisterten Patrioten mit ihrem „weisen König an der Spitze“ geträumt hatten, ist unser Land vor einem Abgrunde angelangt, in dem wohl die ganze unabhängige nationale Existenz begraben werden wird.

Die Ursachen dieses Bruderkrieges sind vor allen Dingen in der Eroberungspolitik der Balkanstaaten, wie sie bisher von den Dynastien und den kapitalistischen Kreisen getrieben wurde, zu suchen. Jeder von ihnen sah in dem Krieg das einzige Mittel, neue Gebiete zu gewinnen, stärker zu werden als die Nachbarstaaten und die vollständige Hegemonie auf dem Balkan zu erlangen. Aber einzeln sind sie schwach und klein, und ihre Dynastien und die kapitalistischen Kreise können nicht auf ihre eigenen Kräfte rechnen. Deshalb richteten sie ihre Augen auf diesen und jenen, unterstützten heute den und morgen den anderen und stehlen die Hilfe der großen europäischen Mächte an. Und gerade hier werden sie die blinden Werkzeuge der gleichen Mächte, welche ihrerseits bekanntlich eine imperialistische Eroberungspolitik gegen die Balkanstaaten treiben.

Der europäische Imperialismus ist ebenso sehr wie die Dynastien und die kapitalistischen Cliquen der Balkanstaaten für die Greuel auf dem Balkan verantwortlich. Die armseligen Vermittler dieses Imperialismus haben den Krieg mit der Türkei hervorgerufen durch ihre Versprechungen und Ermutigungen. Eben diese Vermittler haben dabei auch die Balkanstaaten aufeinander gehetzt. Jetzt wollen sie vermitteln, um selbst möglichst viel herauszuschlagen und um die schon müden und ruinierten Balkanstaaten auf immer in ihr imperialistisches Netz zu bekommen.

Es gibt einen einzigen Ausweg für die Balkanvölker aus dieser so verwickelten Lage, einen Ausweg, der im Laufe von zehn Jahren gefunden wurde. Seit Jahren haben wir Sozialdemokraten auf dem Balkan diesen Ausweg empfohlen und die Internationale hat ihn sanktioniert. Es handelt sich um die Vereinigung aller Balkanvölker in eine einzige demokratische Balkanrepublik. Nur auf diese Weise können sich die Balkanvölker ihre nationale Unabhängigkeit sichern, den Weg bereiten zu einer sozialen und kulturellen Entwicklung; nur auf diese Weise werden sie aufhören, der Spielball der großen Mächte zu sein, werden sie selbst zur 7. Großmacht Europas werden und das Eindringen des europäischen Imperialismus auf dem Balkan verhindern können.

Dieser rettenden Idee gegenüber bleiben die regierenden Kreise auf dem Balkan taub, weil sie eben nur von ihren egoistischen Interessen geleitet werden. Durch ihre Trennungs- und Eroberungsbestrebungen haben sie ihre Völker in die heutige Lage gebracht.

Die Früchte dieser abenteuerlichen und beschränkten Politik machen sich gegenwärtig besonders in Bulgarien bemerkbar. Vor neun Monaten schon haben unsere Patrioten den Krieg mit der Türkei begonnen, indem sie auf ihre Fahnen die verführerischen Prinzipien schrieben: „nationale Vereinheitlichung“, „Befreiung der Christen von dem Joch der Türkei“, „mazedonische Autonomie“, „Verbindung der Balkanstaaten“ usw. Heute sind alle diese Prinzipien in den Schmutz getreten und der bulgarische Nationalismus erlitt eine beträchtliche Niederlage. Der offizielle Nationalismus liebäugelte mit Rußland sowohl als mit Oesterreich, um jetzt von beiden großen Mächten tödliche Streiche zu erhalten. An Stelle der nationalen Vereinheitlichung und des Bündnisses der christlichen Völker auf dem Balkan, sind wir Zeuge

eines gräßlichen Massenmordes und somit der Vernichtung des Balkans. An Stelle der Befreiung der Christen von dem Joch der Türkei stehen wir der massenhaften Vernichtung der Mazedonier, welche ihres Gutes und ihres Lebens beraubt werden, gegenüber. Mazedonien besteht nur noch aus Flammen, Asche und Schutt. An Stelle der Autonomie Mazedoniens haben wir einen gräßlichen Krieg zwischen den Befretern wegen der Teilung der Beute!

Und nun werfen wir die Frage auf: Was soll aus den Balkanvölkern werden nach dieser furchtbaren Feuersbrunst, nach diesem Gemetzel, das jeder Beschreibung spottet? Fast die Hälfte aller Einwohner der Balkanstaaten wurde in den Kämpfen und durch die Verfolgungen getötet, und dieses gräßliche Hinschlachten scheint immer noch kein Ende zu nehmen.

Trotz der Mitteilungen über eine europäische Vermittlung zur Beendigung des militärischen Vorgehens, bleibt der neue Krieg ebenso blutig wie bisher. Die Feuersbrunst greift um sich und ihre Flammen drohen die Grenze der Balkanstaaten zu überschreiten. Wir befinden uns in einem schrecklichen Dunkel über unsere nächste Zukunft; in einem Dunkel voll schrecklicher Gefahren wegen der nationalen Unabhängigkeit der Balkanvölker und wegen des internationalen Friedens.

Und in dem Schrecken, den Feuer und Schutt hinterlassen haben, erkennt man, daß der sich entwickelnde Kapitalismus die Nationen zum Ruin und in den Krieg führt und daß diese Scheußlichkeiten nicht eher aufhören werden, bis das internationale Proletariat jenen Grad der Entwicklung erlangt haben wird, der zur sozialen Revolution und damit zur Überwindung des Kapitalismus erforderlich ist.

Bericht des Parteivorstandes

an den Parteitag zu Jena 1913.

IX.

Technische Kurse mit Lichtbildern wurden vom Genossen Woldt 13 (37 Vorträge) mit 1820 Teilnehmern abgehalten; darunter über das Thema Die Entwicklung zur Industrieherrschaft 5 Kurse (14 Vorträge) vor 413 Teilnehmern in Bayreuth (144), Niederschloß (70), Hadersleben (45), Marne (99), Sonderburg (61). Den modernen Industriebetrieb behandelte Genosse Woldt in 4 Kursen (12 Vorträge) vor 716 Teilnehmern in Bamberg (60), Dresden (321), Nürnberg (282), Schweinfurt (53). Über Technische Wanderungen durch die deutsche Großindustrie sprach Genosse Woldt in 4 Kursen (11 Vorträge) vor 661 Teilnehmern, und zwar in Adlershof (162), Bremerhaven (211), Gemelingen (260), Schmargendorf (28).

Die durch den Zentralbildungsausschuß vermittelten Vortragskurse verursachten eine Ausgabe von 33 685,76 M., von den Orten wurden eingezahlt 25 660,51 M., vom Parteivorstande wurde ein Zuschuß von 3473,40 M. geleistet.

6. Der Wegweiser für Bibliothekare.

Der Chemnitz Parteitag hat dem Zentralbildungsausschuß zwei Anträge übergeben, die eine Förderung des Bibliothekwesens der Arbeiterklasse verlangen. Der Zentralbildungsausschuß hat dem Wunsch des Parteitages dadurch Folge zu leisten versucht, daß er zunächst einen für die Arbeiterbibliothekare berechneten Wegweiser durch die verschiedenen Literaturgebiete schafft. Das Verzeichnis soll den Bibliothekaren ein sachkundiger Ratgeber sein, wenn sie ihren Bücherbestand ergänzen oder vergrößern wollen.

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Heine.

53. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Behaltet das für später... für's erste aber ist's genug.“ „Du bist doch ein guter Verwandter und ein würdiger Neffe!“ sagte Kadosch, den der Brantwein plötzlich dem Leben wiedergegeben zu haben schien. „Und wenn ich sterben muß, will ich es am liebsten hier, weil du mich anständig begraben läßt. Das habe ich immer gern gehabt — ein schönes Begräbnis! Höre, mein Neffe... Müllerbursche, Notar!... Ich nehme Euch alle zu Zeugen!... Ich befehle meinem Neffen und Erben, dem großen Ludwig von Angibault, mich wieder mehr noch weniger erbar in die Erde stecken zu lassen, wie man den alten Brikolin von Blanchemont ohne Zweifel bald begraben wird... der mich nicht lange überlebt, obgleich er jünger ist... aber der sich dazumal die Beine brennen ließ... Ah, sagt doch, Ihr da... Ihr da... muß man doch dumm sein, wenn man sich die Socken braten läßt für Geld, das man in Verwahr hat! Es ist ja allerdings wahr... von ihm war auch was dabei in dem eisernen Topf.“

„Was redet er da?“ fragte der Notar, der sich an einen Tisch gesetzt und nicht allzu böse war, als er die Müllerin Lee für den Kranken bereiten sah — er rechnete auch eine hübsche warme Tasse zu schlürfen, um sich vor den Abendnebeln am Ufer der Wauve zu schützen. „Was fasselt er da von gebratenen Socken und einem eisernen Topf?“

„Ich glaube, er habbelt dummes Zeug.“ antwortete der Müller. „Wenn er übrigens weder betrunken noch krank wäre, ist er alt genug, um Blödsinn zu reden, und die Geschichten aus seiner Jugend beschäftigen ihn mehr, wie die Ereignisse von gestern — das ist so die Gewohnheit alter Leute. Wie fühlt Ihr Euch, Onkel?“

„Mir ist viel besser nach dem kleinen Tropfen, obgleich dein Brantwein verzeuflert fide schmeckt! Sollte man mir etwa einen Streich gespielt und aus Sparsamkeit Wasser hinein getan haben?... Höre, mein Neffe... wenn du mir während meiner Krankheit etwas verweigert, so enterbe ich dich!“

„Ja, gewiß, fangen wir auch davon noch an!“ sagte der Müller absehlend. „Ihr tötet besser, wenn Ihr zu schlafen versucht, Vater Kadosch!“

„Ich schlafen?... Dazu habe ich keine Lust!“ antwortete der Bettler, indem er sich in den Kissen aufrichtete und funkelnde Blicke um sich warf. „Ich fühle wohl, daß ich gelte-

fert bin, aber ich will nicht auf der Seite sterben wie ein Ochse. Jawohl, ich fühle etwas recht Schweres in meinem Magen... hier... hier auf dem Herzen... als sähe ein Stein an dieser Stelle. Das juckt... das hindert mich. Müllerin, macht mir doch Aufschläge! Niemand kümmert sich um mich... als wenn ich nicht ein Onkel wäre mit einem guten Nachlaß!“

„Sollte er nicht die Rippen eingedrückt haben?“ sagte Lemor. „Das ist es vielleicht, was ihm das Herz bedrückt.“

„Ich verstehe nicht das geringste davon und niemand hier.“ sagte der Müller. „Aber man könnte doch nach dem Arzt schicken, der ohne Zweifel noch in Blanchemont ist.“

„Und wer bezahlt ihn, den Besuch des Doktors?“ fragte der Bettler, der ebenso geizig als stolz war — auf seinen angeblichen Reichtum.

„Das werde ich sein.“ antwortete Ludwig, „wofür er nicht aus Menschenfreundlichkeit handeln will.“ Man soll nicht sagen können, ein armer Teufel verende bei mir wie ein Tier, weil es ihm an der Stife gefehlt, die man einem Reichen verschafft haben würde. Harnes, setz dich auf die Sophie und hole mir schleunigst den Herrn Lavergne.“

„Setz dich auf die Sophie?“ wiederholte Kadosch höhrend. „Das jagst du aus Gewohnheit, mein Neffe! Du vergißt, daß man dir deine Sophie gestohlen hat.“

„Die Sophie gestohlen?“ fragte die Müllerin, sich umwendend.

„Er redet irr.“ antwortete der Müller. „Gib kein acht darauf, Mutter.“

„Sagt doch, Vater Kadosch,“ fügte er hinzu, sich mit leiser Stimme an den Bettler wendend. „Wißt Ihr denn das? Könnt Ihr mir Auskunft geben über mein Tier und über den Dieb?“

„Wer kann so etwas wissen!“ verjehrte Kadosch mit verständnisvoller Miene. „Wer entdeckt Diebe? Die Gendarmen sicher nicht — sie sind viel zu dumm! Wer hat jemals sagen können, was für Leute die Füße des Vaters Brikolin gebrannt und seinen eisernen Topf mitgenommen haben?“

„Ah, sagt doch, Onkel,“ entgegnete der Müller. „Ihr sprecht in einem fort von diesen Füßen — Ihr beschäftigt Euch viel damit. So oft ich Euch seit einiger Zeit begegne — immer wieder jagt Ihr davon an! Und heute abend habt Ihr es noch mit einem eisernen Topf in Eurer Geschichte zu tun. Davon habt Ihr mir nie gesprochen!“

„Läßt ihn doch nicht so viel sprechen!“ tabelte die Müllerin. „Du wirst sein Fieber verdoppeln.“

In der Tat, — der Bettler hatte Fieber. So oft seine Gastgeber die Augen abwandten, goß er schnell ein Schlü-

chen Brantwein hinunter und schob die Flasche geschickt von der Wand her unter den Kopfschül. Von Minute zu Minute schien er stärker zu werden, und es war wunderbar anzusehen, wie dieser Körper aus Eisen in einem so fortgeschrittenen Alter die Folgen eines Unfalles ertrug, der jeden anderen hingestreckt haben würde.

„Der eiserne Topf...“ murmelte er, indem er Ludwig starr ansah mit seltsamen Augen, die ihm eine Art unerklärlichen Entsetzens einflößten. „Der eiserne Topf! Das ist das Schönste an der Geschichte — ich werde sie Euch erzählen.“

„Erzählt doch, Vater Kadosch, erzählt! Das interessiert mich!“ rief der Notar, der ihn aufmerksam beobachtete.

XXXIII.

„Es war einmal ein eiserner Topf,“ begann der Bettler wieder, „ein alter, ungemein häßlicher Eisenkopf, der nach nichts ausah. Aber man darf nicht nach dem Äußeren sehen... In diesem wohlverriegelten Topf, und schweren Topf... o, wie schwer er war!... befanden sich fünfzigtausend Franks, die dem alten Herrn von Blanchemont gehörten, dessen Enkelin jetzt auf dem Paßhofe der Brikolins ist. Und ferner hatte der alte Vater Brikolin, der zu jener Zeit ein junger Mann von vierzig Jahren... richtig, vor vierzig Jahren... hatte er fünfzigtausend Franks für sich in den Topf getan, die von einem guten Geschäft herrührten, das er in Walle gemacht. Es war gerade Zeit — wegen der Lieferung an die Armee. Das Depontierte des Herrn und der Profit des Pächters — alles dies war in schönen guten Louisdors zu vierundzwanzig Franks, mit dem Bildnis des guten Königs Ludwig XVI., von denen, die wir des runden Wappens wegen Krötenaugen nennen. Ich — ich habe dieses Geld stets gern gehabt! Es heißt, es verliere im Kurs. Ich aber sage, es gewinnt! Dreiundzwanzig Franks elf Sous sind immer noch mehr, als ein schlechter Napoleon von zwanzig Franks. Das ganze Geld war durcheinander gewürfelt. Nur da der Pächter seine Louis um ihrer selbst willen liebte, — so, Kinder, muß man sein Geld lieben! — hatte er die letzten alle mit einem Kreuz gezeichnet, um sie von denen seines Herrn unterscheiden zu können, wenn er sie ihm zurückgeben müßte. Er folgte damit dem Beispiele seines Herrn, der die letzten mit einem einfachen Strich gezeichnet — um sich zu amüsieren, wie man sagt, und zu sehen, ob man sie ihm nicht vertausche. Das Zeichen war vorhanden... es ist noch da... Es fehlt auch nicht ein Stück. Im Gegenteil — es sind noch andere dabei!“

„Was in aller Welt soll das nur heißen?“ fragte der Müller, den Notar anblickend.

Der Zentralbildungsausschuss hat eine große Zahl von wissenschaftlich tätigen Männern und Frauen der Partei zur Mitarbeit an diesem Werke vereinigt. Die Mitarbeiter sind nach verschiedenen Wissensgebieten in Gruppen zusammengefasst. Sie haben die Arbeitsgebiete unter sich aufgeteilt und sind zurzeit dabei, die Bücher nebst einer kurzen Beurteilung festzustellen. Bisher haben 4 Gruppen Konferenzen abgehalten, in denen sie die ersten Vorarbeiten für ihr Gebiet geleistet haben. Der Verlauf der Konferenzen lässt einen guten Fortgang des Unternehmens erwarten. Zwar ist das große Werk nicht in wenigen Monaten oder Wochen fertigzustellen. Doch soll versucht werden, den Begreifer in Jahresfrist für die Hand der Bibliothekare bereitzustellen.

7. Eine Leitzentrale für Lichtbilder.

Unter den Vorträgen, die dem Zentralbildungsausschuss zur Erledigung vom Parteitag überwiesen worden sind, befindet sich auch ein Antrag, der im Hinblick auf die zunehmende Verbreitung von Lichtbilderaufhebungen die Schaffung einer Zentralkstelle zur Lieferung des nötigen Lichtbildmaterials verlangt. Der Zentralbildungsausschuss hat diesem Antrage zugestimmt und die Vorbereitung für die Schaffung einer solchen Lichtbildzentrale sofort eingeleitet. Es soll danach gestrebt werden, für die meisten Wissensgebiete über die wichtigsten Fragen Lichtbildereihen zu schaffen, soweit das betreffende Wissensgebiet sich überhaupt für die Unterstufung durch Lichtbilder eignet.

Es sollen aber nicht nur die zu einem Vortrage notwendigen Lichtbilder geliefert werden, sondern zu jeder Serie soll auch der Grundriss eines Vortrages gehören, der durch die Lichtbilder anschaulicher gemacht werden soll. Es sind eine Reihe von wissenschaftlich tätigen Genossen zurzeit dabei beschäftigt, solche Vortragsgrundrisse auszuarbeiten und die dazu gehörigen Lichtbilder auszufahren und zusammenzustellen. Der Zentralbildungsausschuss hofft, daß die Lichtbildzentrale schon zum nächsten Herbst in Benutzung genommen werden kann.

Der Zentralbildungsausschuss ist im Berichtsjahre auch dem Plane nähergetreten, zur Förderung guter belehrender Kinematographischer Aufführungen geeignete Schritte zu tun. Er wird versuchen, die Arbeiter von der heute grassierenden Kinofurie zu heilen, zugleich aber doch auch den Kinematographen als ein außerordentlich anschauliches Lehrmittel für die Bildungsarbeit nutzbar zu machen.

8. Sonstige Arbeiten.

Das Jugendschriftenverzeichnis ist im vergangenen Jahre nicht neuaufgelegt, sondern nur durch ein Nachtragsverzeichnis erweitert worden. Auch in diesem Jahre wird voraussichtlich nur ein Nachtragsverzeichnis herausgegeben werden.

Das Wandermuseumverzeichnis ist im Frühjahr 1913 in neuer Auflage erschienen. Verschiedene Verlage sind neu aufgenommen, einige weniger geeignete Verlage ausgeschlossen worden.

9. Schlussbemerkung.

Alles in allem kann das vergangene Jahr als eine Periode rührigen Vorwärtstretens der Bildungsarbeit auf allen Gebieten betrachtet werden. Es ist ein erfreuliches Zeichen der Zeit, daß fast kein Jahresbericht einer Parteiorganisation, handle es sich um die Organisation eines Wahlkreises, Bezirkes oder Landes, mehr erscheint, in dem nicht ein wesentlicher Teil des Berichtes der Bildungsarbeit gewidmet ist. Noch erfreulicher sind aber in der Regel die Mitteilungen, die in diesen Berichten gemacht werden, Mitteilungen, aus denen der starke Drang der Arbeiter nach Bildung spricht. In erster Linie wünschen die Arbeiter Bildung, die sie in den Stand setzt, ihre Aufgaben als kämpfende Arbeiter nach besser zu erkennen. Aber sie beschränken sich nicht auf diese Arbeiterbildung im engeren Sinne des Wortes, sie scheuen weder Kosten noch Mühen, um sich auch Kulturgüter zu verschaffen, wie sie jede ernsthafte Beschäftigung mit wissenschaftlichen und künstlerischen Strebungen bereitet.

Es ist hier nicht der Ort, auch über die von den Gewerkschaften im besonderen geleistete Bildungsarbeit zu berichten. Aber die kurze Bemerkung ist auch in diesem Zusammenhange mit am Platze, daß von einigen Gewerkschaften eine überaus gründliche Bildungsarbeit für die besonderen Zwecke der gewerkschaftlichen Organisation geleistet wird. Wir verweisen in dieser Beziehung auf den Geschäftsbericht des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands Seite 83-91. Auch die Bestrebungen des Bildungsausschusses des Gewerkschaftsvereins München verdienen eine besondere Erwähnung; man hat in München im Winter 1912/13 an Wochentagen vormittags für die Arbeitlosen besondere Veranstaltungen eingerichtet. Bei einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 52 Personen haben 31 Veranstaltungen populär-wissenschaftlicher und künstlerischer Art stattgefunden. Der Zutritt war kostenlos, Rauchen und Trinken war nicht gestattet.

Die Arbeiterschaft geht ihren Weg weiter und läßt sich auf ihrem Marsche auch nicht von den Hindernissen zurückhalten, die die bürgerliche Gesellschaft ihr in den Weg stellt. Eine engherzige parteiische Auslegung von Gefühlsbestimmungen findet in manchen Orten den Bildungsausschüssen das Leben schwerzumachen, in anderen Orten reißt man die ersten Bildungsarbeiten des Proletariats unter die sogenannten Vergnügungen und erhebt von ihnen Luftbarkeitssteuer; in einer württembergischen Stadt griff sogar der Militarismus in die Bildungsbestrebungen der Arbeiter ein, indem dem Theater die Militärkapelle entzogen wurde, als Arbeiter eine Opernaufführung in dem Theater veranstalten wollten.

Die Bildungsausschüsse werden derartige kleine Schwierigkeiten zu überwinden wissen. Sie haben schon viel größere Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt. Eine der größten Schwierigkeiten, die der planmäßigen Bildungspflege im Wege stand, war das mangelnde Interesse und, was noch wichtiger war, die mangelnden Mittel. In dem kurzen Zeitraum weniger Jahre ist es der deutschen Arbeiterklasse möglich geworden, mit einem Bildungsetat von mehr als 700 000 Mk. zu wirtschaften. Diese große Summe ist nicht etwa anderen organisatorischen Aufgaben der Arbeiterklasse entzogen worden, es steckt in dieser Summe auch nicht eine Mehrerhebung der Arbeiter, weil von einer solchen keine Rede sein kann; die mehr als 700 000 Mk., die die deutschen Arbeiter jetzt für wertvolle Bildungsarbeit ausgeben, haben sie minderwertigen Vergnügungen und Zwecken entzogen. Es dokumentiert sich in dieser Summe zahlenmäßig der kulturelle Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse.

Aus der Partei.

Eine sozialdemokratische Gemeindevertretung. Daß es im untersten Preußen mit seinem Dreiklassenwahlrecht für Staat und Gemeinde eine rein-sozialdemokratische Gemeindevertretung geben könnte und noch dazu in einer durchaus nicht von der Industrie übermischerten Gegend — das wird manchem ungläubig erscheinen. Und doch gibt es das! Es ist die Landgemeinde Neue Schlawe, die im Regierungsbezirk Magdeburg im Kreise Jerichow I und II liegt. In diesem Orte steht dem Gemeindevorsteher und Schöffen ein Gemeindeparlament zur Seite, das neun Mitglieder zählt. Schon seit geraumer Zeit hatten die Sozialdemokraten mit sechs Mandaten die Mehrheit in der Gemeindevertretung; seit einigen Tagen gehören ihr nur noch Sozialdemokraten an. Und das kam so: Im vergangenen Jahre wurde gegen den Gemeindevorsteher Seeger ein Disziplinarverfahren wegen Begünstigung eingeleitet. Infolgedessen legte Seeger und mit ihm der erste Schöffe sein Amt nieder. Da sich über die Neuebeschaltung der Stellen eine Verständigung zwischen den sechs sozialdemokratischen Gemeindevertretern und den drei von der ersten Abteilung gewählten bürgerlichen Vertretern nicht erzielen ließ, begannen die Letzteren zu streifen und übten acht Monate lang ihr Mandat nicht aus. Auf die Dauer ging das natürlich nicht und so waren sie gezwungen, ihre Mandate niederzulegen. Bei der Neuwahl, die vor einigen Tagen stattfand, stimmten von den wenigen Wählern der ersten Abteilung vier für die sozialdemokratischen Kandidaten und nur drei wählten bürgerlich, jedoch nunmehr die Gemeindevertretung ausschließlich aus Sozialdemokraten besteht. Wenn jetzt nicht der preußische Himmel einstürzt!

Werftarbeiterstreik und gewerkschaftliche Taktik.

Berlin, den 9. August 1913.

Die Taktik im gewerkschaftlichen Kampfe wird nicht zuletzt bestimmt durch den Stand des Streiks. Die Beteiligung der für den Lohnkampf in Frage kommenden Arbeiter an Streik und ihre Organisationszugehörigkeit spielen neben der Beachtung der wirtschaftlichen Konjunktur die wichtigste Rolle. Während sonst bei Streiks die Beteiligungsziffer eine primäre Rolle spielt, hat sie bei dem jetzigen Werftarbeiterstreik vielleicht nur sekundäre Bedeutung. Die Beteiligung der Werftarbeiter am Streik ist wohl nicht schlechter als sonst bei Lohnbewegungen. Das gibt aber in der gegenwärtigen Situation beim Werftarbeiterstreik nicht allein den Ausschlag. Die frühzeitige Arbeitsniederlegung hat die Position nicht gerade gefärkt, und die Werftarbeiter vertretene sich darauf, daß Verhandlungen erst weiter geführt werden können, wenn die Arbeit wieder aufgenommen worden ist. Richtig ist, daß

andere Arbeiterkategorien bei Lohnabschlüssen und Tarifverhandlungen sich länger gedulden mußten als die Werftarbeiter. Auch in den letzten großen Lohnbewegungen sind die Bauarbeiter, die Holzarbeiter und die Maler auf eine harte Geduldsprobe gestellt worden. Sie alle aber mußten die notwendige gewerkschaftliche Disziplin einhalten. Auch hier hielten die Organisationsleitungen streng darauf, daß die großen Bewegungen nicht durch partielle Streiks verzerrt wurden. Oft stand die Frage über Krieg oder Frieden auch hier auf des Messers Schneide, und die Vorstände rechneten jeden Tag damit, daß sie an die Mitglieder die Anforderung zur Arbeitsniederlegung ergehen lassen müßten. So in Eingetret, in geschlossener Phalanx wären die Zustände dann von unabweisbarer starker Wirkung auf die Unternehmer gewesen und Konflikte und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Organisation wären erspart geblieben.

Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes beriet am Sonnabend in geschlossener Sitzung über den Stand der Lohnbewegung und über manches andere. Der Metallarbeiterverband steht nicht zum ersten Male in einer solchen Situation. Bei der Größe des Verbandes und des Gewerbes kam es schon oft vor, daß in einzelnen Betrieben und Orten die Arbeiter ohne Zustimmung der Verbandsleitung die Arbeit einstellen. Nach immer sind dann unter Berufung auf die statutarischen Bestimmungen zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen werden. Das war bei einzelnen partiellen Streiks leicht. Der Umfang der jetzigen Werftarbeiterbewegung allein erklärt das besondere Aussehen und die Maßnahmen des Verbandes, daß eine Generalversammlung darüber die Entscheidung treffen soll. Sonst traf sie in ähnlichen Fällen ohne weiteres der Vorstand.

Wenn die Stimmung in der Generalversammlung zunächst dazu zu neigen schien, das Verhalten des Vorstandes wohl als korrekt zu bezeichnen, den Streikenden aber die Streikunterstützung zuzubilligen, so zeigte die namentliche Abstimmung doch ein anderes Bild. Mit knapper Majorität, mit 76 gegen 67 Stimmen, wurde eine Resolution abgelehnt, die zwar das Vorgehen der Werftarbeiter als einen Verstoß gegen das Statut bezeichnet, aber den Streik auf den Werften weitergeführt wünscht und den Streikenden Unterstützung zuspricht. Schwere Herzen mag mancher der Delegierten, wie verlaubar wurde, so gestimmt haben, doch die Konsequenz für künftige Fälle bestimmte ihn dazu. Eine zweite Resolution vereinigte eine so große Stimmenzahl von 126 gegen 18 Stimmen nur deshalb auf sich, weil dadurch den Streikenden die Unterstützung gewährleistet wird. Sonst wird in dieser Resolution ausgesprochen, daß die Arbeitsniederlegung auf den Werften nicht in Einklang zu bringen sei mit den Grundätzen gewerkschaftlicher Taktik und Disziplin. Sie verurteilt daher das Vorgehen der Werftarbeiter auf das entschiedenste, weil dadurch die Stoßkraft des Verbandes gegenüber den Metallindustriellen geschwächt würde. Sie erklärt ferner, daß der Vorstand verpflichtet war, so zu handeln, und verlangt, daß die Werftarbeiter den Kampf beenden sollen. Sie beauftragt den Vorstand, nach Aufnahme der Arbeit erneute Verhandlungen nachzugehen und will, daß den Streikenden während der Zeit des Ausstandes bis zur Wiederaufnahme Streikunterstützung gezahlt wird und daß auch diejenigen, die nicht sofort wieder eingestellt werden, Unterstützung bekommen.

Mit dem Beschluß dieser höchsten Instanz des Verbandes werden die Werftarbeiter sich zufriedengeben müssen. Möge der Beschluß, erneute Verhandlungen anzubahnen, bald von Erfolg gekrönt sein und die verstandliche Erregung der Werftarbeiter bald der Erkenntnis Platz machen, daß in der demokratischen Organisation sich der einzelne dem Beschlusse unterordnen muß, damit die Organisation nicht Schaden erleidet.

Aus dem Unternehmerräger ist bekannt, daß der Verband der Metallindustriellen die Beschlüsse der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes abwartete, um eventuell eine allgemeine Aussperrung anzuordnen.

Derichtigung. Durch einen Dörfler ist im Bericht, den wir am Sonnabend veröffentlichten, ein leicht erkennbarer sinnentstellender Passus in der Rede Schlichtes enthalten. Schlichte erklärte es als verständig, nicht selbstverständlich, wenn wegen der Maßregelung eines Arbeiters eine Abteilung oder gar eine Werft die Arbeit einstellt.

„Still!“ antwortete dieser. Lassen Sie ihn reden — es scheint mir, daß ich anfangs, ihn zu verstehen. Und weiter...

„Und weiter,“ hob Adolph wieder an, „hätte er den eisenen Topf im Schloß von Heunert in einem Loch in der Mauer verpackt und ihn zumauern lassen. Die Fußbrenner waren nämlich hinter ihm her...“

„Unter Euch?“ unterdrückte ihn der Müller. „Schweigen Sie doch!“ jagte der Rotar, indem er ihm den Arm festig drückte. „Ja will sagen,“ fuhr der Bettler fort, „es gab unter ihnen einen Advokaten, einen Bürgermeister, einen Pfarrer einen Müller...“

„Kurze und gut, die Fußbrenner nahmen das Geld?“ fragte der Rotar. „Sie nahmen es nicht — das ist das Drolligste! Sie krieten und rzeieten die Pöten des armen Puters von Brillot — das war einziglich, das war prächtig anzusehen.“

„Zur habi es also gesehen?“ fragte der Müller, der sich nicht zu beherrschten vermochte. „O nein,“ versetzte Adolph, „ich habe es nicht gesehen. Aber einer meiner Freunde, das heißt einer, der dabei war, hat mir alles dies erzählt.“

„Ist die Sache?“ versetzte der Müller beruhigt. „Trist doch Eure Laune, der Vater Adolph,“ jagte die Wälerin, „und jähwärt nicht soviel. Das tut Euch nicht gut.“ „Gehi doch zum Teufel, Wälerin, mit Euren warmen Mäher!“ antwortete der Bettler, „indem er die Laffe zurückwarf. Ja habe Schuld vor diegen Spülwasser, sagt mich also meine Geschichte erzählen. Lange genug habe ich sie auf dem Herzen — und nun will ich sie einmal ganz erzählen, und immer wahrheitsgemäß von mir!“

„Das ist wahr,“ jagte der Rotar. „Heute morgen in den Pöten mocht ich sie erzählen, aber alle droheten sie Euch den Hut zu und jagten: „Ah, jetzt kommt der Vater Adolph die Geschichte von den Fußbrennern — laßt uns gehen!“

„Stellt Euch vor, daß dieser Mann, von dem ich spreche und der dabei gewesen... ohne es eigentlich zu wollen... ein armer Bauer war, den man mit schleppie. Und dann, als die Angst über ihn kam und er Nieme machte, auszureißen, drohte man, ihm eine Kugel durch den Kopf zu jagen, wenn er nicht schleunigst wieder auf das Pferd stiege, das man ihm gebracht und das wie die der andere verkehrt beschlagen war, damit man beim Rückzug eine Spur hinterlasse, die die Verfolger irreführen sollte...“

„Kon Eurer Stirn...?“ fragte der Müller verdußt. „Von der Stirne des Mannes, der mir das alles erzählt hat...“

„Da aber nahm unser Mann einen günstigen Augenblick wahr, um heimlich wegzuschleichen, und begann zu jagen...“

Gegend gesehen. Er spielte ein gewagtes Spiel — die Fußbrenner würden ihm ohne weiteres totgeschlagen haben, wenn sie ihn entdeckt hätten. Tag und Nacht marschierte er, ohne anzuhalten — ohne zu essen noch zu trinken, bis er in einen großen Wald kam, wo er seinen Topf vergrub und schlief...“

„Und wogu hat ihm kein Gold gedient?“ fragte Heimrich. „Er weitete seine Augen daran — einmal wüchentlich, wenn er in seine Hütte zurückkehrte, wo er das Geld einhäufte, das er beim Beteln eingenommen. Er behält nur soviel bei sich, als er für Tabak und Brammentwein ausgeben will. Sonst hat er sich zum Teufel gegeben...“

„Prächtig!“ antwortete der Rotar, „es ist gut, daß wir sie wissen.“ (Fortsetzung folgt.)

Der 7. internationale Metallarbeiterkongress

tagte am 6. und 7. August erstmalig in Deutschland und zwar in Berlin. Der Internationale gehören gegenwärtig 1 089 717 Mitglieder an, eine Zahl, auf die die Organisation stolz sein kann. Die Mitglieder verteilen sich auf folgende Länder: Österreich 71 575, Belgien 29 656, Dänemark 13 372, Frankreich 26 765, Deutschland 592 564, England 221 738, Ungarn 26 723, Italien 10 000, Niederlande 4143, Norwegen 11 997, Rumänien 2991, Schweden 27 338, Schweiz 30 860. — Aus 12 Ländern waren 85 Delegierte auf dem Kongress erschienen. Der internationale Sekretär, Genosse Schlick in Stuttgart, erstattete den Bericht des internationalen Sekretariats. Derselbe verwies darauf, daß Amerika unseren Bestrebungen sehr indifferent, zum Teil feindselig gegenüberstehe. Scharf kritisierte Redner, daß bei den Kollegen der Edelmetallindustrie Bestrebungen auf eine gesonderte internationale Vereinigung vorhanden seien. Auf Antrag der Engländer wurden Schritte für seine dreijährige Tätigkeit als Sekretär 3000 Mark bewilligt. Beschlossen wurde, daß das Berichtsjahr mit dem 31. März schließen soll und daß der Bericht des internationalen Sekretärs 1 Monat vor dem Kongress in den Händen der Delegierten und Föderationen sein muß.

Über den Ausbau der gegenseitigen Beziehungen entspann sich eine lebhafteste Debatte. In England sind die von dem internationalen Sekretär übermittelten Vorschläge zur Erhaltung der Mitgliedschaft im Ausland und zur Regelung der gegenseitigen Unterstützung bei Streiks und Ausgrenzungen beraten und modifiziert und den britischen Gewerkschaften zur Beschlussfassung unterbreitet worden. Diese abgeänderten englischen Vorschläge besagen, daß zureisende Kollegen als Mitglieder übernommen werden, wenn sie ihr Mitgliedsbuch in Ordnung haben und die Reisekarte vorlegen können, Unterstützung sollen sie jedoch nur erhalten, wenn zwischen den beiderseitigen Organisationen noch besondere Vereinbarungen bestehen. Im Kampfe stehenden Organisationen soll jede moralische Unterstützung und in bestimmter geordneter und festumgrenzter Weise bei Kämpfen von längerer Dauer und genauer vorheriger Information des internationalen Büreaus auch materielle Unterstützung zuteil werden. Die englischen Delegierten betonten, daß in den englischen Vorschlägen angefaßt der Verhältnisse in England ein großes Entgegenkommen liege. Von den 19 englischen Organisationen haben bereits 9 die Zustimmung zu dem Entwurf erklärt, 5 haben ihre Zustimmung an unwesentliche Bedingungen geknüpft, 3 haben den Entwurf abgelehnt, von 2 Organisationen stehen die Erklärungen noch aus. Die englische Delegation beantragte daher die Annahme der folgenden Resolution:

Der Kongress beschließt die Annahme des von der britischen Abteilung ausgearbeiteten Entwurfs mit der Maßgabe, daß derselbe allen angeschlossenen Organisationen zur Annahme durch sie zugestellt ist und mit dem Zusatz: Der Höchstbetrag des Extrabeitrages soll 1 Penny (8 1/2 Pfennig) für die Woche und Mitglied für 6 Wochen nicht übersteigen. Bei kleineren Organisationen und Streiks sind die Mittel aus der allgemeinen Kasse oder aus den dafür geschaffenen Fonds zu entnehmen.

Die angeschlossenen Organisationen haben sich innerhalb sechs Monaten nach Erhalt des Entwurfs über seine Annahme oder Ablehnung zu äußern.

Diese Resolution fand einstimmige Annahme. Bei Beratung des Punktes: Die Begrenzung des Tätigkeitsgebietes der nationalen Verbände wurde eine Resolution Frankreich abgelehnt, welche besagte, daß dem internationalen Bund keine Organisation angeschlossen darf, die nicht in ihrem eigenen Lande der Zentralorganisation angeschlossen ist. Mehrere, u. a. auch die deutschen Redner betonten, daß der Bund sich nicht in nationale Streitigkeiten einmischen dürfe. Zum internationalen Sekretär wurde darauf Schlick wiedergewählt. Der nächste Kongress findet 1916 in Wien statt. Nach einem kräftigen Schlußwort, in dem zur Einigkeit und Geschlossenheit ermahnt wurde, fand der Kongress sein Ende.

Gewerkschaftsbewegung.

Tarifabschluss für das deutsche Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe. In den Tagen vom 4. bis 6. August haben im Berliner Papierhause Verhandlungen stattgefunden zwecks Abschluß eines neuen Tarifes. Der bisherige Tarif läuft am 31. Dezember d. J. ab. Von beiden Parteien waren Abänderungsvorschläge gestellt, die sehr auseinandergingen, weshalb die Aussicht recht zweifelhaft war, einen neuen Tarif abzuschließen. Die Verhandlungen waren denn auch recht langwierig, schließlich wurde aber doch eine Einigung erzielt und am Schluß des 3. Verhandlungstages ein neuer Tarif unterzeichnet, welcher 5 Jahre Gültigkeit hat, also bis zum 31. Dezember 1918. Der Tarif gilt für die Folge von Allgemeinheit zu Allgemeinheit. Die Vertreter der Tarifgemeinschaft werden in derselben Weise gewählt, wie es der Buchdrucker-Tarif bestimmt. Damit ist der jetzige Organisationszwang für beide Teile gefallen. Die Arbeitszeit beträgt für Chemigraphen täglich acht Stunden, für Kupferdrucker täglich 8 1/4 Stunden. Bei den Chemigraphen wurden für die einzelnen Spezialarbeiter Mindestlöhne festgesetzt, die je nach den Berufsarten wieder besonders gestaffelt sind. Bei den Kupferdruckern ist wie bisher die Akkordarbeit zulässig und wurde eine Akkordtabelle mit steigenden Staffelpreisen für Helio-graduren und auch für Postkarten festgesetzt. Die festgesetzten Preise steigern sich je nach der Größe der Auflage und der Stückgröße. Neben den Akkordlöhnen ist bei Anstellung eines Kupferdruckers ein fester Wochenlohn für eintrretende Lohnarbeit festgesetzt. Die Auszahlung des Lohnes geschieht wöchentlich und zwar Freitag innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit. — Die Hersteller von Kupferdruckplatten wurden in den Tarif mit aufgenommen. — Für Ueberstunden wird ein Zuschlag auf den Lohn bezahlt, der verschieden hoch ist je nachdem wann die Ueberstunden gemacht werden, ob Wochen- oder Sonntags, von 20 Pfg. pro Stunde bis 45 Pfg. Zuschlag. — Lehrlinge dürfen Ueberstunden nur unter Aufsicht leisten; auch dürfen Lehrlinge neben Gehilfen nicht in größerer Zahl zu Ueberstunden herangezogen werden, als dies der Verhältnisziffer der Gehilfen zu den Lehrlingen entspricht. Prämienarbeit ist nicht zulässig. — Feiertage: Ein Abzug für landesgesetzliche sowie behördlicherseits oder vom Geschäft angeordnete Feiertage darf nicht stattfinden. — Aufkündigung: Kündigungs- und Zahlungsfrist ist der Freitag. Die gegenseitige Kündigungsfrist ist eine 14tägige. Längere als 14tägige Kündigungsfristen mit dem gesamten Personal oder einem größeren Teile desselben zu vereinbaren, ist tariflich nicht zulässig; dagegen ist gegen eine derartige Vereinbarung mit Spezialarbeitern von Tarifs wegen nichts einzuwenden. — In der Lehrlingsfrage wurde eine für die einzelnen Berufsarten genau festgelegte Staffel vereinbart. Die Lehrzeit beträgt 4 Jahre. Aus Lehrantasten Kommende sind der Lehrlingsliste einzurechnen. — Der Arbeitsplan für die einzelnen Organe zur Durchführung des Tarifes ist dann besonders festgesetzt. Die Arbeitsnachweise werden ebenfalls durch den Tarif geregelt, die Kosten für den Arbeitsnachweis werden von beiden Seiten getragen. — Der bisherige Tarifamtssekretär Schlick, der zugleich Sekretär des Buchdrucker-Tarifs-

amts ist, legt seinen Posten als Sekretär im Tarifamt der Chemigraphen und Kupferdrucker am 31. Dezember d. J. nieder; an dessen Stelle wurde der bisherige Gehilfen-Ausschussvertreter für den Kreis II (Leipzig), Köhler, gewählt.

Achtung, Osenfeger! In Chemnitz sind sämtliche Osenfeger in den Streik eingetreten. Die Unternehmer haben den Arbeitsnachweis-Vertrag, den sie vor Jahren mit der Arbeiterorganisation abgeschlossen haben, nämlich gebrochen. Die Osenfeger, soweit sie in Osenfegerbetrieben tätig sind, haben sich solidarisch erklärt. Die Unternehmer sind kopflos. Wenn kein Zugang von auswärts kommt, werden sie ihren Wortbruch zurücknehmen müssen.

Imperialistische Pädagogik.

Die „Jugendpflege“ des Imperialismus zeitigt von Tag zu Tag immer übelduftendere Blüten. Kaum ist der Jugenddeutschlandbund, der sich die Erziehung der deutschen Jugend zur Raub- und Mordeinführung des Imperialismus zum Ziele gesetzt hat, von den Gock und Trost zu Solz aus den Widelbändern gelöst worden, so wird ihm bereits ein jüngerer Bruder beigegeben. „Jugendflugwehr“ nennt sich dieses neueste Produkt einer gewissenlosen Jugendverführung und sein Vater ist der vor kaum Jahresfrist gegründete Reichsverein zur Förderung deutscher Luft- und Flugwissenschaft. An der Spitze dieses Vereins, der ein würdiges Gegenstück zum Wehr- und zum Flottenverein bildet, stand anfangs Herr Bassermann. Da es aber immerhin für einen Parteiführer eine mißliche Sache ist, die parlamentarische Geschäftshuberei gar zu eng mit der privaten zu verbinden, so legte Herr Bassermann auf der ersten Jahresversammlung des Vereins seinen Vorstoß nieder und überließ ihn einer politisch weniger prononzierten Persönlichkeit. Natürlich gehört der nationale Parteichef trotzdem auch heute noch zur Leitung dieser Organisation der Luftflottentreiber. Ueber mangelnde Erfolge kann sich der Verein trotz seines kurzen Bestehens nicht beklagen. Auf den ersten Antriebe sind dem Luftmilitarismus vom Deutschen Reichstag rund 150 Millionen in den Rücken geworfen worden — ein Resultat, das weder Landheer noch Flotte in ihren ersten Entwicklungsstadien aufweisen konnten. Aber der Sinn dieser Luftflottentherapie steht noch nach höheren Dingen. Sie wollen die Gewißheit haben, daß ihr Geschäft auch künftighin blüht, und diesem edlen Zwecke soll die Organisation einer „Nationalflugwehr“ dienen. Da aber bereits die Reichsbehörden gemeinsam mit dem Direktorium der Nationalflugspende die Schaffung einer solchen Nationalflugwehr betreiben, hat sich die neue Gründung eine besondere Aufgabe gestellt, nämlich die Gründung einer „Jugendflugwehr“. In dem zur Verberingung gelangten Prospekt des Reichsvereins heißt es wörtlich:

Am innerhalb des Flugwesens einen geeigneten und wirklich brauchbaren Nachwuchs zu schaffen, richtet der Verein in seiner „Abteilung B“ eine

„Jugendflugwehr“ ein. Hier soll unsere Schuljugend vom 12. Lebensjahre an, unter sachmännischer Leitung und sachgemäßer Weisung, von dazu berufenen und bewährten Lehrern und Piloten theoretisch mit der Materie vertraut gemacht werden.

Exerzitien am Flugapparat, ein genaues Studium der Maschine, ihrer Bestandteile, des Rotors, des Propellers usw., sollen mit geographischer, astronomischer und aeronautischer Anschauungslehre Hand in Hand gehen.

Man wird sich dabei der Tatsache nicht verschließen, daß die Unterrichtsfächer eine außerordentlich wichtige Ergänzung des Schulunterrichts bilden.

Als äußeres Zeichen ihrer Zugehörigkeit zur Jugendflugwehr sollen die jungen Leute, ähnlich den Pfadfindern, die militärische Fliegeruniform anlegen. Mit der Erreichung des 17. Lebensjahres kann der Uebertritt der derartig vorgebildeten jungen Leute in die „Abteilung A“, in die Flugwehr des Reichsvereins, erfolgen. Hat sich die Ausbildung bisher im theoretischen Rahmen bewegt, so erfolgt jetzt die praktische Ausbildung als Flugzeugsführer. Dabei ist zu erwarten, daß die bisher leider noch immer, — größtenteils infolge mangelhafter, wenn nicht sogar gänzlich fehlender aeronautischer Vorbildung, — eintretenden Stürze, durch die bis ins kleinste gehende Ausbildung der jungen Leute, im Rahmen der „Jugendflugwehr“ und „Flugwehr“ des Vereins, auf ein verschwindendes Minimum herabgedrückt werden.

Der Eintritt in die Flugwehr gewährt die Möglichkeit, die militärische Dienstzeit als Angehöriger des Fliegerkorps im stehenden Heere abzudienen.

Der Reichsverein z. F. d. L. u. Fl. schafft damit dem Heere eine jederzeit verwendungsfähige, gut ausgebildete

Fliegerreserve, und dem Vaterlande ein

Luftheer, auf das es mit Stolz zu blicken vermag.

Der Verein beabsichtigt auch Mitglieder, die das Fliegen erlernen wollen, in eignen Fliegerschulen auszubilden. Aus diesen Fliegern und dem Verein noch beitretenen Piloten, sowie aus den Fliegern, die sich aus den „Abteilungen A und B“, Flugwehr und Jugendflugwehr, rekrutieren, setzt sich dann die

„Nationalflugwehr“ zusammen, die den eigentlichen aktiven Kern und den Stolz des Vereins bilden soll.

Die Kritik dieses feinen Planes können wir unsern Lesern schenken; sie sind selbst Mannes genug, sich einen Vers darauf zu machen. Nur das eine sei gesagt: er ist ebenso gewisslos, wie seine Anpreisung verlogen. Auch das „unterländische“ Schulunterricht werden, der auf solcher Grundlage sich aufbaut! Hoffentlich sorgt auch hier die Arbeiterschaft dafür, daß die Bäume der Küstungsheger und Kriegsspieler nicht in den Himmel wachsen.

Soziales.

Zum bevorstehenden Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen. Der bevorstehende sehr heftig werdende Kampf, der zwischen den Krankenkassen und den Ärzten wegen dessen hohen Forderungen entbrennen wird, beschäftigt auch die zuständigen Reichsbehörden. Auf eine Anregung, den § 370 der Reichsversicherungsordnung, der anstatt der Krankenbehandlung und der ärztlichen Behandlung eine bare Leistung zuläßt, schon jetzt in Kraft zu setzen, antwortet der Reichsfinanzminister in einer Verfügung, die den weiteren Instanzen zur Vorbereitung zugegangen ist: Soweit die Krankenkassen in der Tat ohne eigenes Verschulden außerstande sein sollten, ihren Mitgliedern am 1. Januar 1914 die gesetzlich vorgeschriebene Versorgung mit ärztlicher Hilfe zu gewähren, müssen sie allerdings in der Lage sein, sofort das für diesen hebruerlichen Fall notwendige vorgesehene Auszahlungsmittel der Zustimmung eines erhöhten Kantonsrates anzuwenden; eine zeitliche Hilfe, in der die Versicherten weder die ordnungsmäßige noch die außerordentliche Leistung ihrer Kasse zu erhalten vermögen, darf keinesfalls entziehen. Es ist daher

geboten, daß alle Maßnahmen des § 370 a. a. D. schon rechtzeitig vor dem 1. Januar 1914 getroffen werden müssen, welche unmittelbare Anwendbarkeit seines materiellen Inhalts schon mit Beginn des 1. Januar 1914 sicherstellen. Hierzu bedarf es mindestens nach meiner Auffassung nicht des Erlasses einer kaiserlichen Verordnung der gedachten Art, vielmehr reichen dafür die bestehenden Vorschriften, insbesondere der Artikel 1 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung, vollkommen aus. Die Vorschriften dieses Einführungsgesetzes haben das Ziel im Auge, daß in dem Augenblick, mit dem die Reichsversicherungsordnung voll in Kraft tritt, bereits ausnahmslos alle diejenigen Einrichtungen geschaffen und diejenigen Maßnahmen getroffen worden sind, ohne welche das Gesetz nicht funktionieren kann. Hierin gehört, daß schon vor dem 1. Januar 1914 Organe vorhanden sein müssen, die für die Kasse die nötigen Verträge mit den Ärzten abschließen können und, soweit möglich, auch abschließen. Hierin gehört es aber in gleicher Weise auch, daß jene Organe da, wo sie Verträge mit Ärzten zu angemessenen Bedingungen nicht rechtzeitig abschließen können, und wo infolge dessen die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder für den 1. Januar 1914 gefährdet ist, rechtzeitig vor dem bezeichneten Tage die erforderlichen Schritte tun, um wenigstens die im § 370 der Reichsversicherungsordnung zugelassene Ersatzleistung gewähren zu können, und daß die dabei beteiligten Behörden ebenfalls rechtzeitig ihre erforderlichen Entscheidungen treffen. Sowohl die prinzipiale Vertragsabschließung mit den Ärzten als auch die subsidiäre Erwirkung der Genehmigung des Oberversicherungsamtes gemäß § 370 a. a. D. sind Maßnahmen zur Durchführung der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung im Sinne des Artikels 1 ihres Einführungsgesetzes. Am Schluß der Verfügung wird noch auf eine baldige Verständigung der Ämter und Kassen hingewiesen. Die Verfügung des Reichsfinanzministers, die bereits Ende Juli d. J. veröffentlicht wurde, geht jetzt erst den unteren Instanzen zu. Inzwischen sind bereits in einer Anzahl von Städten die zwischen Krankenkassen und Ärzten bestehenden Verträge gekündigt worden, da letztere auf der von ihrem Leitungsverband geforderten Gruppeneinteilung der Kassenmitglieder bestehen. Aus Stolp i. B. wird uns gemeldet, daß die dortige Ortskrankenkasse den Ärztenvertrag ebenfalls kündigt, da keine Einigung zu erzielen war. Die am Orte bestehenden 13 Krankenkassen werden sich voraussichtlich diesem Vorgehen der Ortskrankenkasse anschließen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Soldatenquater als — „gute Stütze des Dienstes“! Wegen einer Reihe roher Mißhandlungen und Übergriffe gegenüber wehrlosen Untergebenen stand den 24 Jahre alte Unteroffizier Posselt vor dem 6. Batterie des Artillerie-Regiments Nr. 23 vor dem Dresdner Kriegsgericht. Der Angeklagte wird als ein „energischer und tüchtiger Vorgesetzter“ und „gute Stütze des Dienstes“ geschilbert. Und dabei war er wegen seines brutalen Auftretens geradezu gefürchtet; in den Mannschaften wurden die Kowheiten dieser „Stütze“ mehrfach besprochen, aber niemand wagte es, ihn zur Weidung zu bringen. Dadurch kam es, daß er seine „erzieherische Tätigkeit“ längere Zeit ungehindert betreiben konnte, bis er eines Tages im Juni seiner Kowheit die Krone aufsetzte, und der am meisten gequälte Soldat den Stein ins Rollen brachte. Beleidigende Ausdrücke, wie Lausjunge, Kowjunge, Schweinehund, Mistkunge usw., waren gang und gäbe, können aber im einzelnen nicht feilgestellt werden. Einwandfrei nachgewiesen sind einige Fälle, in denen der Angeklagte einen Gefreiten in unflätiger und ordinärer Weise beschimpft hat. Während des Exerzierens ging der „Erzieher“ mal mit blanke gezogenem Säbel auf einen Soldaten los und brüllte: „Sund verdammt, ich steche dich nieder oder ramme dich über'n Hau!“ Aber mal hatte der Fahrer Krahl unter den Qualereien und Bestialitäten der „Diensthilfe“ zu leiden. Krahl war zu verschiedenen Malen im März und April, als es noch kalt war, vom Angeklagten mit nach dem Kühlraum genommen und dort mit dem Kopf unter die Wasserleitung gedrückt worden; er mußte sich dann das eisige Wasser über den Kopf laufen lassen. Als Krahl im Stande beschäftigt war, wurde er mehrfach in schmerzhafter Weise mit den Fäusten in die Seite geschlagen und mit dem Knie gewaltig ins Gesicht gestoßen, so daß der Mißhandelte in die Streu fiel. Dazu sagte der Kowling noch: „Du gottverdammter Hund, mach daß du rauskommst!“ Ein andermal soll Krahl sein Pferd so ängstlich gepugt haben, daß er bearbeitete ihn der Soldatenquater mit beiden Fäusten — um „nachzuhelfen“! Eines Morgens hatte der Angeklagte während des Stalldienstes geschlafen und wurde deshalb vom Wachtmeister zur Rede gestellt. Aus Wut darüber stürzte er auf den Soldaten Krahl zu, schlug ihn vier- bis fünfmal mit den Fäusten in die Seite und versetzte ihm außerdem noch mehrere Stöße ins Gesicht; dabei brüllte er den Untergebenen — der infolge der Mißhandlung zusammengeknickt war — an: „Sund, gottverdammter, puge doch das zweite Pferd!“ (Dabei hatte Krahl das zweite Pferd schon in Arbeit.) Diese Mißhandlung war dem Soldaten doch zu arg und er faßte Mut zur Weidung. Der Angeklagte stellte in der Verhandlung alles in Abrede, die Beschuldigungen seien eine „abgemachte, ausgehandelte Sache“ und Krahl zur Weidung aufgehet worden. Dafür ergab die Beweisaufnahme nicht den geringsten Anhalt. Der Zeuge Krahl behauptete im Gegenteil, die Sache nur gemeldet zu haben, weil ihm die Mißhandlungen unerträglich waren und um endlich vor dem Kowling Ruhe zu haben. Das Gericht erkannte wegen Mißhandlung, vorchriftswidriger Behandlung und Beleidigung Untergebener in neun Fällen unter Annahme „minderlicherer Fälle“ auf — vier Wochen mittleren Arrest! Ein unerhört mildes Urteil!

Verurteilte Spritzmuggler. Vor der Strafkammer des Ossenburger Landgerichts hatten sich die Inhaber der Firma Gebrüder Schwarz-Köln, die am Köhler Rheinhausen eine Niederlage besitzen, wegen Spritzmuggels zu verantworten. Die Staatsanwaltschaft beantragte gegen die drei Angeklagten insgesamt eine Million Mark Geldstrafe, außerdem gegen Wilhelm Schwarz ein Jahr und drei Monate, und gegen Joseph und Karl Schwarz je acht Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte wegen einfachen Schmuggels gegen jeden Angeklagten eine Geldstrafe von 301 433 Mark. Die Angeklagten legten Berufung ein.

Barbarische Willkür. Das Kriegsgericht von Benghasi hat am 2. August den Soldaten wegen „Feigheit“ zu je 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Den Soldaten wird zum Vorwurf gemacht, das Automobil eines Mailänder Kaufmanns, das sie eskortieren sollten, verlassen zu haben, anstatt es gegen einen Angriff der Belagerten zu verteidigen. Bei diesem Angriff wurden zwei Soldaten und der Mailänder Kaufmann getötet und ein Offizier schwer

verwundet. Die Angeklagten machten geltend, daß sie sich hätten entfernen müssen, um Hilfe zu rufen. Für einen der Angeklagten mit Namen Barozzi hatte der Anklagevertreter die Todesstrafe beantragt. — Es läßt sich bis zu einem gewissen Grade verstehen, daß das Strafrecht bei einem Offizier oder bei einem Berufssoldaten für Mangel an Mut eine Strafe vorseht, da Individuen, die diese zum großen Teil von der Beschaffenheit des Nervensystems abhängende Eigenschaft nicht besitzen, sich eben von dem militärischen Beruf fernhalten können. Bei allgemeiner Wehrpflicht ist es aber ein ungeheurer Wiberlapp, barbarische Strafen über Soldaten zu verhängen, die in gefährlichen Lagen keinen „Mut“ zeigen. Mit gleichem Rechte könnte man Soldaten bestrafen, die etwa farbenblind sind und deshalb das nicht leisten können, was ein normales Auge vermag!

Aus Nah und Fern.

Die Erziehung zum Mordspatriotismus. Der Regierung zu Königsberg genügt die „vaterländische Geschichte“ noch nicht, die in den Volksschulen den Kindern beigebracht wird, um sie zu Hurrapatrioten und begeisterten Anhängern des Hohenzollernhauses zu machen. Sie weist jetzt in einer besonderen Verfügung darauf hin, daß eine Anzahl von Schulen noch immer eines angemessenen Schmuckes der Klassenräume entbehren. Ganz besonders sollten die „nationalen Festtage“ dieses Jahres Anlaß dazu geben, jede Schule mit Wandbildern zu schmücken, die die großen vaterländischen Ereignisse und Persönlichkeiten den Kindern ständig gegenwärtig halten. Die Schulen sollen also vor allem mit Schlachtenbildern (denn in den Kriegstagen erblickt man ja hauptsächlich die „großen vaterländischen Ereignisse“) und mit Bildern von Mitgliedern des Hohenzollerngeschlechts „geschmückt“ werden, damit die Kinder die zum Teil grauenhaften Ereignisse und die hohen Persönlichkeiten ständig vor Augen haben. Es fehlt nur noch, daß in jeder Klasse und auf jedem Schulhof ein Grammophon aufgestellt wird, das in den Pausen oder vor und nach dem Unterricht „Heil Dir im Siegerkranz“ oder „Ich bin ein Preuße“ unter Gesang der Kinder herunterleiert.

Engelmacherei? Auf Veranlassung der Königsberger Staatsanwaltschaft ist bei einer Hebamme, die einer privaten Entbindungsanstalt vorsteht, wegen Verdachts der Engelmacherei eine Hausdurchsuchung abgehalten worden. Die Hausdurchsuchung hat den Verdacht verstärkt, und der Staatsanwalt hat die Ausgrabung der zuletzt gestorbenen vier Kinder zwecks Obduktion angeordnet. In den letzten drei Monaten sind in der Entbindungsanstalt angeblich gegen fünfzehn Kinder gestorben.

Kulturbörsen zum Frauenstimmrecht. Auf eine Anfrage des Sächsischen Landesvereins für Frauenstimmrecht an die Landgemeinden, wieviel Frauen nach § 24 der revidierten Landgemeindeordnung stimmberechtigt sind, liefen von zahlreichen Gemeindevorstehern Antworten ein, die für die politische Erziehung dieser Beamten recht charakteristisch sind. Aus dem „Frauenstimmrecht“ entnehmen wir einige dieser „Kultur“dokumente:

1. (Ohne Überschrift)
Ihr könnt Euren Männern lieber Strümpfe stopfen!
Schulze.
2. Singelwig, 8. Dez. 1912.
Geehrtes Fräulein!
Ich möchte Ihnen den guten Rat erteilen, daß Sie Ihren (1) Ortsverein vorschlagen, sich doch lieber um die Kochkunst zu kümmern, als um das Frauenstimmrecht.
Striegler, Gemeindevorstand.
3. Bockwig, 8. Dezember 1912.
Die öffentliche Meinung in dieser Gemeinde geht dahin, daß es für eine junge Dame besser wäre, wenn sich dieselbe um einen Mann kümmerte, als um hiesige Gemeindeangelegenheiten.
J. A. Arnold, Gemeindevorstand.
4. D., den 4. Dezember 1912.
Geehrte Frauen!
Die Frau gehört ins Haus und Küche und möchte lieber einen Strumpf stricken, unsere Frauen haben keine Zeit zu wählen die müssen das Vieh füttern bei dieser Leute noch, daß das Vieh wieder etwas billiger wird, den das Geschick das teure Fleisch, die Mädchen können zu uns aufs Land kommen da finden sie Arbeit. Arbeiten will heutzutage niemand mehr.
Die Rittergüter füttern keine Schweine mehr, denn Sie bekommen keine Mäde für hohes Lohn und daher das teure Fleisch.
Gemeindevorsteher G.
5. Im hiesigen Ort befinden sich keine Stimmberechtigten Frauen. Aber dem Fräulein R. rate ich doch lieber mit dem Strümpfe stopfen, Hosen flicken und Suppe kochen vertraut zu machen, denn wenn sie mal heiraten will, kann sie nicht.
Im übrigen, was geht dem pp. Fräulein unsere Gemeindevorstand an? Will sie irgend die ganzen Steuern für uns Männer bezahlen? Sonst geht es bei uns immer sehr gemütlich zu, will sich das Fr. irgend hier ansässig machen? Ich glaube aber hier bekommt sie auch keinen Mann, denn die hiesigen Schönen lassen sich auch nicht gerne von den Fleischhaken Ägyptens fortziehen. Denn wie gesagt, bei uns ist es sehr gemütlich, weil sich unsere Frauen nicht mit Politik befassen, das überlassen sie uns Männern, sondern machen den ganzen Tag über ein gutes Essen und wenn wir Abends in die Kneipe gehen und wieder nach Hause kommen haben sie auch schon wieder ein gute Tasse Kaffee fertig und das loben wir und sie sind glücklich. Wenn sie nun das selbe auch so machen, wird es Ihnen auch gut gehen aber ein hochgelehrtes Herr Fr. Dr. jur. oder dergl. wird nimmer eine gute Hausfrau abgeben. Also auch hier gilt das Sprichwort: Schuster bleib bei deinen Leisten.
Wallitz, 3. Dezbr. 1912.

Munkelt, Gemeindevorstand.
Diese „weißen“ Antworten von „Herren der Schöpfung“ zeigen die ganze bornierte Rückständigkeit des bürgerlichen Spießbüttels. Da gibt es noch tüchtig zu tun!

Schreckensstat eines Wahnsinnigen. In Bockum hat Sonnabend vormittag ein Wahnsinniger zwei Mordversuche und einen Selbstmordversuch begangen. In einem Hause der Endstraße in Bockum wurde plötzlich der 57jährige Bergmannslehre Küffling wahnsinnig. Er drang auf eine Nachbarn mit einem Beil ein und verletzte sie lebensgefährlich. Dann stürzte er sich auf die 26jährige Tochter der Schwerverletzten und brachte auch ihr mit dem Beil gefährliche Wunden bei. Er versuchte dann, sich zu erschlagen, wurde aber abgefangen und ins Krankenhaus gebracht.

Im Alter geistig geblüht. In Mansburg bei Schoppeheim in Baden hat ein Leutnant seinen Vater erschossen. Dort verlegte der 57jährige Malermeister Wetter in transternen Zustand seinem 80jährigen Vater, der es ablehnte, für den Sohn Bürgerschaft zu leisten, sieben Schüsse in den Kopf. Der alte Mann war sofort tot. Der Täter wurde bei seiner Verhaftung von der Bevölkerung schwer mißhandelt.

Suffragetten - Streich? Suffragetten versuchten, ein Schulgebäude zu Sutton in Ashfield in die Luft zu sprengen, während Schatzkanzler Lloyd George auf dem freien Platz davor eine Rede vor 40 000 Bergarbeitern aus Nottinghamshire hielt. Die Polizei entdeckte in dem Gebäude Explosivkörper mit in Petroleum getränkten brennenden Lunten. Diese wurden schnell durchgeschritten und die Feuerwehre löschte den Brand. Man fand überall Flugblätter der Suffragetten. Die Täterinnen sind entkommen.

4 Personen ertrunken. Von Reisenden des in Bordeaux aus Afrika angekommenen Dampfers „Afrique“ wird berichtet, daß im Hafen von Tanou am 26. Juli eine Dampfbarkasse gekentert ist. Ein Leutnant und drei Kolonialbeamte sind ertrunken.

Originelle Selbstkosten. Die Zahlen der Selbstkosten sind in Rheinland und Westfalen seit etlichen Jahren geradezu der Festschick der Industriellen geworden. Immer wieder wird auf die Steigerung der Selbstkosten, zum Beispiel bei der Kohlenförderung hingewiesen und dann natürlich noch alles mögliche andere „nachgewiesen“, was notwendig ist, um einen Pfennig Lohnerhöhung als frevelhaftes Spiel mit der Existenz der rheinisch-westfälischen Industriegewaltigen hinzustellen. Gerade recht kommt da die Bergarbeiterzeitung mit einer interessanten Feststellung des Selbstkostenpreises, wie er immer wieder in den Berichten der Zeche Dorffeld bei Dortmund zutage tritt. Diese Zeche hatte 1908 einen Selbstkostenpreis pro Tonne Kohlen von 10,88 Mk., erzielte aber nur einen Verkaufspreis von 10,56 Mk. Danach wäre noch eine Zuluße erforderlich gewesen von 223 538,24 Mk. Die Zeche hatte aber in Wirklichkeit einen Reingewinn von 1 503 881 Mk. Ein ähnliches Kunststück vollbrachte die Zeche Dorffeld 1912. Selbstkostenpreis pro Tonne Kohlen 11,59 Mk., Verkaufspreis 11,41 Mk. Also theoretisch noch eine Zuluße von 130 190,58 Mk. Die Zeche hatte aber einen Gewinn von 2 025 783 Mk. Wie ist so etwas möglich? Liegt hier ein märchenhaft unerschämter Betrug vor? Durchaus nicht. Die Zeche Dorffeld hat nur in die Berechnung nicht mit hinein gezogen, was für Werte sie aus der Nebenproduktion herausholt. Ammoniat, Leer, Benzol, Antrazen, Ziegelsteine usw. usw. bringen glänzende Gewinne, die aus Neben- und Abfallprodukten entstehen. In den offiziellen Verkaufsberechnungen ersehen sie natürlich nicht. Der Effekt ist dann der, daß die Zechen scheinbar durch die entsetzlich steigenden Selbstkostenpreise erdrückt werden, während sie in Wirklichkeit bei ihren Verkaufspreisen nur das in Berechnung stellen, was sie für die Kohle selbst bekommen, aber das vergessen, was sie aus den Nebenprodukten der Kohle herausziehen. Das nennt man in Rheinland-Westfalen Selbstkostenberechnung und praktische Industriestatistik. Wieder ein Beweis dafür, wie vorsichtig die äußerlich exaktesten und offiziellsten Industriestatistiken mitunter behandelt werden müssen.

! Nie erlahmen! darf die Arbeiterschaft

in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist die Arbeiterpresse. Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den Lübecker Volksboten zu agitieren!

Von der Ewinemünder Bootskatastrophe wird berichtet, daß bis Sonnabend 10 Leichen geborgen sind.

Explosion auf einem französischen Kriegsschiff. Aus Lorient wird berichtet: In der Nacht zum Sonnabend gegen 2 Uhr wurde die Besatzung des französischen Kriegsschiffes „Courbet“ durch die Explosion einer Heißwasser-Anlage, die zu Duschzwecken diente, aus dem Schlaf geweckt. Ein mächtiger Wasserstrahl schoß empor und verbrühte eine Anzahl Matrosen. Zwei erlitten schwere Brandwunden, einer mußte in das Hospotal übergeführt werden.

Die Cholera. Die bakteriologische Untersuchung eines Todesfalles in Cattaro hat asiatische Cholera ergeben.

Eisenbahnunfall. Ein aus Charleroi auf dem Brüsseler Südbahnhof angekommener Personenzug fuhr gegen einen Prellbock. Dreißig Reisende wurden verwundet.

Bei einer Explosion in der Dynamitfabrik St. Martin de Crau in Arles (Frankreich) sind drei Frauen getötet und mehrere verwundet worden.

Flieger Ende. Der Flieger Kojeler und der Flugführer Stephan sind Sonntag früh in Brück (Mark) abgestürzt. Beide sind tot.

Der „Liebesjalon“ des amerikanischen Pastors. Das Neueste auf dem Gebiet der praktischen Arbeit, durch die sich amerikanische Gelehrte um das Wohl ihrer Mitmenschen verdient machen, ist die Einrichtung eines „Liebesjalons“, durch den der Rev. John Gunn ein vielbesprochenes und mehrfach schon nachgeahmtes Vorbild geboten hat. Der „Spinning parlour“ soll ein wirksames Mittel sein gegen den „Dämon des Alleinseins“, dem so viele junge Leute verfallen und der zur Ehelosigkeit und damit zum Abfall von den Idealen der Bibel führt. Wir wollen doch die Dinge beim richtigen Namen nennen, sagt Mr. Gunn, darum habe ich mein neues Unternehmen „Liebesjalon“ genannt. Es gibt zahllose Men-

gen junger Mädchen, die irgendwo zur Miete wohnen und junge Leute nicht bei sich empfangen können, ohne ihren Ruf zu schädigen. Für all diese müssen Plätze geschaffen werden; an denen sie sich mit jungen Leuten treffen können, um Gelegenheit zur Heirat zu erhalten. Die Kirche taufte die Kinder, sie konfirmiert die Halberwachsenen, verheiratet Junglinge und Jungfrauen und erwehlt dem Menschen schließlich die letzte Ehre. Es gibt keinen Grund, warum sie nicht auch noch die wichtige Verpflichtung der Menschheit gegenüber auf sich nehmen sollte, zusammen zu bringen, was sich liebt.“ Die Anregung ist auf fruchtbaren Boden gefallen; in Newport haben sich bereits verschiedene führende Religionsgemeinschaften dafür ausgesprochen, und bald werden Liebesjalons in vielen Gemeinden Amerikas eingerichtet sein. Sie alle haben als Muster den Salon des philanthropischen Pastors, der, wie er selbst sagt, „in langem frommen Nachdenken und Gebet“ sein Projekt ausgearbeitet hat. Die neue Einrichtung besteht in zwei großen Räumen, die hinter der Versammlungshalle in der Kirche des Predigers bequem und gemütlich eingerichtet sind. Besonders ist eine genügende Anzahl von Sofas vorgezogen. Während der „Liebesjalon“ geöffnet ist, befindet sich in jedem der Zimmer eine Anstands-dame, die aber in unauffälliger Weise auf die Paare acht geben muß. Ein Klavier darf nicht fehlen, „um die Gefühle angustacheln“, und zweimal in der Woche ist kinematographische Vorstellung. Auch Gesangsvorträge werden veranstaltet, bei denen hauptsächlich Lieder gesungen werden sollen, wie etwa „Jeder Wunsch hat sein Mädchen“ und „Nun naht die glückliche Braut“. In einer Reihe von Predigten, die viel Zuspruch fanden und für das Unternehmen die nötige Propaganda machten, hat Rev. Gunn über die Themen gesprochen: „Wie bekommt man einen Gatten und wie behält man ihn“ und „Wie bekommt man eine Frau und wie behält man sie“.

Theater und Musik.

Lübecker Sommertheater. „Gebildete Menschen“, Volksstück in 8 Akten von Viktor Leon. Wie der Theaterzettel verriet, ist dies Volksstück, das am Sonnabend an unserer Sommerbühne zur Aufführung gelangte, mit dem Bauernfeldpreis ausgezeichnet worden. Jedenfalls deshalb, weil sämtliche darin vorkommende Personen, ob sie nun gebildet, eingebildet oder ungebildet sind, zu den eblen Menschen gehören, denen man auf dem Theater allerdings nicht selten begegnet. Leon wandelt in seinen „Gebildeten Menschen“ deutlich erkennbar die Wege d'Arronques. Tragische Konflikte vermeidet er gänzlich; dafür greift er nicht selten in die bekannte sentimentale Gemütsküste, die noch immer ihre Wirkung auf die zartbesaiteten Zuschauer ausübt. Dieser Dr. Josef Müller, der am Hungertuche nagt und mehr Schulden als Haare auf dem Kopfe hat, aber sich lieber von seiner Tochter ernähren läßt, als daß er sich an seinen reichen, jedoch nach seiner Auffassung ungebildeten Bruder wendet, ist ebensov wenig original, wie der letztere. Das Volksstück ist nicht ungeschickt um diese beiden herumgeschrieben und ermannt auch nicht der Bühnenwirklichkeit. Der Schluß ist freilich gar zu schmaltzig. Aus der Reihe der Mitwirkenden, die den „gebildeten Menschen“ zu einem freundlichen Erfolge verhalfen, ragte Herr Hendeler als Adolf Müller um Haupteslänge hervor. Das war eine bis ins kleinste ausgearbeitete, von echtem Leben erfüllte Gestalt, die in jedem Wesenszug ungekünstelt und gerade deshalb besonders eindringlich wirkte. Schon diese treffliche Leistung allein lohnt einen Besuch des Volksstückes. P. L.

Literarisches.

Geschichte der Deutschen Steinzeiger-Bewegung. Von A. Knoll. Vor einiger Zeit ist aus der Feder des Vorsitzenden des Verbandes der Steinzeiger Deutschlands ein Werk erschienen, das in seiner Vollendung zweifellos eine bedeutende Bereicherung der geschichtlichen Literatur über die deutsche Arbeiterbewegung darstellen wird. In dem zunächst vorliegenden 2. Bande der Geschichte der deutschen Steinzeigerbewegung, der aber ein völlig abgeschlossenes Werk bildet, ist die Geschichte der Berliner Steinzeiger-Gesellschaft, 1732—1893, behandelt. Das Buch schildert die vollständige Lebensgeschichte einer Jungferngesellschaft von der Stunde der Geburt bis zu ihrem Ausgehen in die moderne Gewerkschaftsbewegung. Das letztere vollzog sich bei den Steinzeigern erst zu einer Zeit, als die Arbeiterchaft der meisten Industriezweige die zünftlerischen Ideen längst abgestreift hatte. Dadurch war es möglich, die vorliegende Geschichte in so ausführlicher Weise zu schreiben, wie es tatsächlich geschehen ist. Aber auch aus der frühesten Junstzeit der Berliner Steinzeiger hat der Verfasser ein selten vollständiges Urkundenmaterial, aus den verschiedensten Quellen zusammengetragen, ein Material, das weit über den Rahmen des Steinzeigergewerbes hinaus von großem Interesse sein dürfte. Abgesehen davon, daß das Buch ein Stück Kulturgeschichte aus dem alten Berlin darstellt, geben die abgedruckten Urkunden zugleich auch Zeugnis von dem mehr impulsiven als vorteilhaften volkswirtschaftlichen Wirken eines preußischen absoluten Monarchen, des sogenannten Soldatenkönigs; es zeigt weiter ein Stück kleinster und kleinlichsten Kleinbürgerlebens aus dem Berlin des achtzehnten Jahrhunderts und führt den Leser mitten hinein in einen Ausschnitt des sozialen Lebens in Berlin vor 200 Jahren. Einige gute Reproduktionen interessanter historischer Dokumente erhöhen noch den Wert des Buches. Das vorliegende Buch ist der 2. Band der auf insgesamt drei Bände berechneten Geschichte der deutschen Steinzeigerbewegung. Der 1. und 3. Band sollen in Jahresfrist nachfolgen. Das Werk erscheint im Verlage des Verbandes der Steinzeiger, Berlin NW, 21, Wickestraße 17. Außer den näheren Interessenten sollte namentlich keine Organisationsbibliothek dieses, auch sehr gut ausgestattete, Buch in ihren Beständen fehlen lassen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 9. August. Auftrieb 1908 Schweine. Markt ziemlich rege geräumt. Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:
Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 74.— bis 75.— (59.— bis 60.—), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 74.— bis 75.— (59.— bis 60.—), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 76.— bis 76,50 (59,50 bis 60.—), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 76,00 bis 77,00 (59,50 bis 60.—), geringere Ware, Tara 24 Proz., 67.— bis 70.— (51,00 bis 55.—), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 70.— bis 71.— (56.— bis —), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Proz., 65.— bis 68.— (50,00 bis 53,00) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.